

*Titelseite*

November 2007

**Ökonomische Mythen der Gegenwart**  
Eine Argumentations- und Arbeitshilfe

Herausgegeben von der Kommission  
Globalisierung und soziale Gerechtigkeit

<b>Einführung</b>	<b>3</b>
<i>„Wir müssen sparen, Lohnkosten senken, privatisieren...“</i>	
<b>1. Der Mythos von den zu hohen Lohnnebenkosten</b>	<b>4</b>
<i>„Die Löhne und die Lohnnebenkosten in Deutschland sind viel zu hoch! Sie gefährden die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands! Deshalb verlagern immer mehr Firmen Arbeitsplätze ins Ausland! Wir müssen die Löhne und die Lohnnebenkosten senken! Dann sind wir wieder wettbewerbsfähig und schaffen Arbeitsplätze!“</i>	
<b>2. Der Mythos von den arbeitslosen Sozialchmarotzern</b>	<b>7</b>
<i>„Die Arbeitslosen, Hartz IV-Empfänger usw. missbrauchen den Sozialstaat und wollen nicht arbeiten! Den Hartz IV-Empfängern geht es viel zu gut, besser, als wenn sie arbeiten würden! Jede beliebige Arbeit ist doch besser als gar keine Arbeit und wer wirklich Arbeit sucht, findet auch welche!“</i>	
<b>3. Der Mythos von den leeren Staatskassen</b>	<b>10</b>
<i>„Die Kassen sind leer. Die Verschuldung der öffentlichen Kassen steigt immer mehr, wo soll das hinführen? Wir müssen sparen und die Unternehmen steuerlich entlasten! Dann geht es der Wirtschaft und damit den Beschäftigten gut!“</i>	
<b>4. Der Mythos von der heilsamen Privatisierung</b>	<b>14</b>
<i>„Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist angesichts leerer Kassen eine Notwendigkeit. Durch den Wettbewerb und durch weniger Bürokratie erhöhen sich zudem die Qualität der Versorgung, die Selbstbestimmung der Konsumenten und die Chance auf günstige Preise.“</i>	
<b>5. Der Mythos von der Explosion der Gesundheitskosten</b>	<b>21</b>
<i>„Die Kosten im Gesundheitswesen explodieren! Wir haben zu hohe Ansprüche und feiern zu oft krank. Außerdem werden wir alle immer älter. Der medizinisch-technische Fortschritt verursacht ständig steigende Kosten. Schließlich gefährden die hohen Lohnnebenkosten den Wettbewerbsstandort Deutschland. Deshalb muss doch jeder von uns deutlich mehr für die eigene Gesundheit ausgeben.“</i>	
<b>6. Der Mythos vom demographischen Wandel</b>	<b>24</b>
<i>„Die demographische Entwicklung ist für die Gesellschaft katastrophal und führt zum Zusammenbruch der sozialen Systeme, besonders des Rentensystems! Wir wissen, dass die Gesellschaft vergreist, dass wir immer älter werden und es gleichzeitig immer weniger Kinder gibt. Die Alten leben auf Kosten der Jungen, denn die vielen Alten bei wenigen Kindern sind wirtschaftlich eine enorme Belastung für die Gesellschaft! Deshalb ist private Vorsorge durch die Riester-Rente wichtig und lohnt sich!“</i>	
<b>7. Der Mythos vom Raub der Arbeitsplätze durch Ausländer</b>	<b>29</b>
<i>„Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg, wollen nicht arbeiten und belasten unser Sozialsystem“.</i>	
<b>8. Ein Nachwort als Einladung zum Nach- und Weiterbedenken</b>	<b>33</b>

## Einführung

### *„Wir müssen sparen, Lohnkosten senken, privatisieren...“*

so tönt es in gleicher Tonlage aus Politikermündern ebenso wie aus den Propagandazentralen der Wirtschaft. Das Echo hallt nach in den Medien und in den Talkshows. Dieses ‚Müssen‘ ist Teil eines ‚Propagandakrieges um die Köpfe‘. Ob „Du bist Deutschland.“ oder „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ - es werden keine Kosten und Mühen gescheut, um den ‚Menschen im Land‘ die Notwendigkeit von ‚Reformen‘ ein zu hämmern. Hinter ihnen verbirgt sich nichts anderes als Sozialabbau und der Umbau der Gesellschaft zu einer gnadenlosen „Wettbewerbs- und Konkurrenzveranstaltung“.

Am Ende ‚glauben‘ viele. Andere stehen hilflos vor scheinbar selbstverständlich geltenden Sprechblasen oder Argumentationen, die ‚plausibel‘ erscheinen.

Gegen den Glauben an „Ökonomische Mythen“ wenden sich diese Texte aus der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ von pax christi. Sie wollen helfen, Zusammenhänge zu durchschauen und Interessen zu erkennen. Zugleich sollen sie eine Hilfe gegen die oft erfahrene Ohnmacht sein. Diese erleben ja viele von uns in der Alltagsdiskussion mit mythengläubigen Menschen in unserer Umgebung oder in der Auseinandersetzung mit ‚Fachleuten‘, die eine „Fach“diskussion führen – nicht selten auch noch untermauert durch den Hinweis auf Sachzwänge,

als handle es sich um Naturgesetze -, doch hinter ihrer vermeintlichen Fachkompetenz oft nur ihren Interessenstandpunkt verbergen und nicht bereit sind, über den Bezugs- und damit Plausibilitätsrahmen ihrer Argumentation – also „fachübergreifend“ - zu reden.

Die Auseinandersetzung mit „Ökonomischen Mythen“ ist aber auch politisch wichtig, weil diese Teil einer Legitimationsstrategie sind, mit der ‚Reformen‘ durchgesetzt werden. Je ‚gläubiger‘ und ‚einsichtiger‘ Menschen sind, desto leichter ist der Sozialabbau politisch machbar. Vielleicht darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass die Christinnen und Christen im Römischen Reich als ‚Atheisten‘ galten, weil sie dem Glauben und den Plausibilitäten des Imperiums nicht folgten. Grundlage ihrer aufgeklärten Hellsichtigkeit war die Vorstellung von einer Welt, die allen Menschengeschwistern gehört und deshalb nicht zu ‚privatisieren‘ ist.

Vor diesem Hintergrund laden wir ein, die „Ökonomischen Mythen“ durch zu buchstabieren. Sie sind so aufgebaut, dass jeweils ‚Glaubenssätze‘ aus jenen Mythen aufgegriffen werden, die unsere Alltagswelt bestimmen. Die Beiträge wollen jeweils deutlich machen, mit welchen Strategien und Verschleierungen ein Mythos durchgesetzt und schließlich gar als ‚vernünftig‘ und ‚alternativlos‘ einsichtig werden soll.

## 1. Der Mythos von den zu hohen „Lohnnebenkosten“

*„Wir müssen die Löhne und die Lohnnebenkosten senken! Dann sind wir wieder wettbewerbsfähig und schaffen Arbeitsplätze!“*

*„Die Lohnnebenkosten sind zu hoch!“*

Was sind eigentlich „Lohnnebenkosten“? Es sind Arbeitskosten, die nicht in direktem Bezug zur Arbeit stehen. Zu ihnen gehören Sonderzahlungen (z.B. Weihnachtsgeld), die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, Leistungen zur betrieblichen Altersversorgung und sonstige Personalkosten wie Verpflegungszuschüsse und ähnliches. Tatsächlich gehören sie zum Gesamtpaket der Lohnkosten, was die Bezeichnung „Lohnnebenkosten“ eher verdeckt.

Diese Leistungen decken zum einen Lebensrisiken wie Tod, Unfall, Arbeitslosigkeit, Krankheit, und Pflegebedürftigkeit ab. Diese Risiken, die jeden plötzlich treffen können, abzudecken, ist eines der Hauptziele des Sozialstaats. Die sogenannten „Lohnnebenkosten“ senken zu wollen greift somit direkt die Substanz des Sozialstaats an.

Dass die Arbeitgeber zu gleichen Teilen für die Versicherung ihrer Beschäftigten herangezogen werden, die sogenannte „paritätische Finanzierung“ (ein Prinzip, das mittlerweile z. B. in der Kranken- und Pflegeversicherung längst durchbrochen worden ist), wurde im übrigen historisch damit begründet, dass auch die Arbeitgeber ihren Teil der Verantwortung für die Lohnarbeitenden tragen sollten. Sie nutzen ja die Arbeitskräfte nur, solange sie erwerbsfähig sind. Diese müssen aber erst aufgezogen und für den Beruf qualifiziert, gesundheitlich erhalten und im Alter, wenn sie nicht mehr arbeiten können, versorgt werden. Die Leistungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung ist ein Teil dieser Verantwortung für das „Vorher“ und „Nachher“ der Arbeit.

Zum anderen schaffen die „Lohnnebenkosten“ auf Seiten der Beschäftigten kaufkräftige (zusätzliche) Nachfrage, die es den Unternehmern ermöglichen, ihre Kapazitäten besser auszulasten und Gewinne zu machen und die dadurch tendenziell Arbeitsplätze schafft (oder ihren Abbau verhindert). Die sozial- und wirtschaftspolitische Bedeutung der „Lohnnebenkosten“ ist also ganz erheblich. Das wird in der Diskussion oft übersehen.

*„Aber die hohen Lohnnebenkosten gefährden doch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands!“*  
Zunächst einmal: Die Wettbewerbsfähigkeit

Deutschlands ist hervorragend! Nicht umsonst werden die Deutschen ständig Exportweltmeister. Die Gewinne besonders der großen Unternehmen sind beträchtlich: Die DAX-Unternehmen verbuchten 2004 durchschnittlich gut 70 Prozent mehr Gewinne als 2003 – Konzerne wie BASF, Telekom, Linde oder RWE konnten ihre Jahresüberschüsse verdoppeln, Infineon schaffte eine Vervier- und Daimler-Chrysler gar eine Verfünffachung. Damit verstärkte sich der mittelfristige Trend: Von 1995 bis 2003 stiegen die Gewinne der Kapitalgesellschaften ohne Banken und Versicherungen im Jahresdurchschnitt um gut sechs Prozent.

Natürlich sind in deutschen Unternehmen viele Prozesse und Arbeitsschritte in andere Länder ausgelagert. Dies ist bei den anderen westlichen Ländern aber auch der Fall, so dass man nicht sagen kann, die Deutschen wären im Vergleich nur so stark, weil so viele Anteile nicht aus Deutschland stammen. Das müsste man bei den anderen westlichen Industriestaaten dann auch sagen. Die gute Gewinnsituation der großen Konzerne ist allerdings unzweifelhaft.

Im Übrigen spielen die „Lohnnebenkosten“ für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen kaum eine Rolle. Die Lohnkosten sind insgesamt nur einer von vielen Faktoren. In der verarbeitenden Industrie beispielsweise machen sie nur ein Viertel der Gesamtkosten aus. Weitere wichtige Kostenfaktoren sind die Wechselkurse, die Qualität der Produkte, die Zuverlässigkeit von Lieferung und Wartung, das Angebot usw. Natürlich sind die Löhne in Deutschland höher als in China oder Osteuropa. Die Qualifikation der Arbeitenden, die Verdichtung der Arbeitsprozesse und nicht zuletzt die Produktivität ist aber auch erheblich höher.

Vergleicht man die Löhne in Volkswirtschaften ähnlicher Stärke wie Deutschland, USA, England und Japan, dann sind die Löhne hierzulande eher niedrig. Entscheidend bei einem Vergleich der Volkswirtschaften im Bereich Lohn sind aber nicht die Lohnkosten, sondern die Lohnstückkosten. Sie drücken das Verhältnis der Löhne pro Beschäftigtem zum Produktionsoutput pro Beschäftigtem aus. Ein deutscher Arbeiter, der in 8 Stunden dreimal so viele Kaffeemaschinen produziert wie ein Arbeiter in Polen, kann natürlich

einen viel höheren Lohn (und mehr Urlaub) erhalten als der polnische Kollege.

Lohnstückkosten steigen, wenn die Produktivität langsamer wächst als das Lohnniveau. Umgekehrt fallen sie, wenn der Anstieg der Produktivität größer als der Lohnanstieg ist (oder wenn gar die Löhne fallen).

In Deutschland stiegen die Lohnstückkosten von 1960 bis 1974 deutlich stärker als im Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Länder, ohne dass dies der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geschadet hätte. Seit Beginn der 1980er-Jahre fielen die Lohnstückkosten real (und das heißt: inflationsbereinigt) und lagen 2004 um 6,3 Prozent unter dem Wert von 1960. Im volkswirtschaftlichen Durchschnitt werden heute also Dienstleistungen billiger erbracht und Waren kostengünstiger erzeugt als vor 45 Jahren.

Auffällig ist dabei, dass die Lohnstückkosten seit 2001 in Deutschland deutlich rascher fielen als im Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Länder – ohne dass dies die Zahl der Arbeitslosen reduziert hätte.

Überhaupt scheint es keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Lohnstückkosten und der Arbeitslosigkeit zu geben: Trotz fallender Lohnstückkosten stieg diese an.

*(Quellen: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2005): Statistisches Taschenbuch, 9.10; Bundesagentur für Arbeit, periodische Mitteilungen)*

Noch einmal zur Bedeutung der „Lohnnebenkosten“ für die Wettbewerbsfähigkeit. Nehmen wir die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), die für die Arbeitgeber bereits gesenkt wurden: Im verarbeitenden Gewerbe belastet die Krankenversicherung die Unternehmen mit ca. 4 % der Arbeitskosten, die Arbeitskosten betragen etwa 27 % der Gesamtkosten. Der GKV-Anteil an den Gesamtkosten beträgt etwa 1,1 %. Selbst wenn sich der Beitragssatz für die GKV um 10 % erhöhen würde (wovon niemand ausgeht), stiege die Kostenbelastung der Unternehmen damit um 0,1 %. Umgerechnet würde sich der Preis eines Gutes z. B. von 1.000 Euro auf 1.001 Euro erhöhen. Selbst in diesem völlig unrealistischen Fall hätte die Erhöhung der „Lohnnebenkosten“ einen wirtschaftlich zu vernachlässigenden Effekt.

*„Wenn wir so wettbewerbsfähig sind, wo bleiben denn die Gewinne?“*

Das jahrzehntelange Wirtschaftswachstum nutzen die privaten Haushalte zu einem gewaltigen Vermögensaufbau. Das gesamte Bruttovermögen

privater Haushalte (ohne Betriebsvermögen) betrug im Jahre 1999 preisbereinigt das 4,3-fache des Vermögens von 1970, das Geldvermögen kletterte im gleichen Zeitraum real auf das 5,6-fache des Wertes von 1970. (Nach dem Börsencrash von 1999 gab es dann zwar einen Einbruch bei der Geldvermögensbildung, der aber inzwischen wieder überwunden ist.)

Die Dynamik des privaten Vermögensaufbaus zeigt sich auch daran, dass das Privatvermögen noch stärker als die Volkswirtschaft wuchs: 1970 betrug das private Bruttovermögen das 2,2-fache des Bruttoinlandsproduktes, 2002 aber das 4,1-fache (siehe zur Verteilung des Vermögens in Deutschland auch den Artikel zur Demografie).

*„Aber die Löhne in Deutschland sind doch viel zu hoch!“*

Betrachtet man die Löhne in den verschiedenen Sektoren in Deutschland, dann wird deutlich, dass in einigen Sektoren der Wirtschaft keine Löhne bezahlt werden, die ein Leben in Würde ermöglichen. Demnach gibt es laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2004 in Westdeutschland 4,2 Millionen Niedriglohnbezieher und 2,1 Millionen Arbeitnehmer, die einen Armutslohn erhalten. Zusammen sind dies gut ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten. Diese Zahlen machen deutlich, dass viele Familien nicht ohne staatliche Unterstützung leben können oder dringend darauf angewiesen sind, dass mehrere Einkommen nötig sind, um in unserem Land ein genügendes Auskommen zu haben.

Eine Auswahl von Stundenlöhnen in verschiedenen Branchen in Hessen (FR vom 21.04.06):

Branche	Stundenlohn in €
Einzelhandel/Verkäufer/in	7,62
Bewachung/Revierwachdienst	7,10
Hotel/Gaststätten	6,90
Floristik	5,94
Gebäudereinigung (Angestellter)	5,80
Landwirtschaft (Arbeiter)	5,53
Friseure	5,34

Die Behauptung, dass es nur die schlecht oder gar nicht Qualifizierten trifft, ist nicht richtig, denn zwei Drittel derer, die einen Niedriglohn bekommen, haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, 52 % sind zwischen 30 und 55 Jahre alt (*ver.di publik 10/2004*).

*„Aber immer mehr Firmen verlagern doch Arbeitsplätze aus Deutschland ins Ausland!“*

Natürlich gibt es Gründe für Firmen ins Ausland zu gehen. Die Höhe der Lohnkosten ist aber meist nicht der einzige Grund. Wenn ein Betrieb Güter produziert, in denen sehr viel einfache handwerkliche Arbeit steckt, z. B. bei Schuhen oder T-Shirts, kann es sich für ihn lohnen, die Produktion in ein Land zu verlegen, in dem das Lohnniveau niedriger ist. Die Arbeitsbedingungen dort allerdings gewährleisten oft nicht die Würde der Arbeitenden.

Bei anderen Gütern, z. B. bei Autos, ist das Gegenteil der Fall. Die Lohnkosten machen weniger als 15% der Herstellungskosten aus. Verlegt der Hersteller von Autos trotzdem seine Produktion ins Ausland, so hat das mehrere Gründe. Der Hauptgrund ist in der Regel, dass er sich bessere Marktchancen in dem betreffenden Land oder in der Region verspricht. Zum Beispiel lassen viele japanische Firmen exakt aus diesem Grund in Europa fertigen.

Andererseits erklärte der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, am 25.1. 2005 in der Financial Times Deutschland: „Es gibt keinen Trend zu steigenden Investitionen im Ausland. Nach einem kurzen Anstieg Ende der 90er Jahre sind Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland seither Jahr für Jahr gesunken“.

Es ist sehr schwierig, exakte Daten über eine Wanderungsbilanz von Arbeitsplätzen zu bekommen. Wenn der bayrische Ministerpräsident Stoiber behauptete, monatlich würden 50.000 Arbeitsplätze verlagert, so tat er das, um Ängste zu schüren und eine Politik der Lohnsenkungen zu legitimieren.

Von einer anderen Wanderungsbilanz, die sich mit exakten Zahlen belegen lässt und die sehr viel mit dem Erhalt oder der Verlagerung von Arbeitsplätzen zu tun hat, spricht man allerdings nur am Rande oder versteckt in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen. So etwa von der Bilanz der Direktinvestitionen (vgl. dazu die FAZ vom 16.3.04).

Beim Vergleich der deutschen Direktinvestitionen im Ausland und der ausländischen Direktinvestitionen im Inland hat Deutschland im Jahre 2003 einen positiven Saldo von 9,1 Milliarden Euro. 2002 gab es im Saldo sogar ein Plus von 29,1 Milliarden Euro zugunsten der Beteiligungskapitalströme aus dem Ausland in Richtung Deutschland. Als ausländische Direktinvestitionen, so erläutert die FAZ, gelten z.B., „wenn ein ausländisches Unternehmen eine Fabrik in Deutschland aufbaut oder ein Ausländer in Deutschland Grundbesitz erwirbt“.

Es entstehen also aufgrund der Attraktivität des Standorts Deutschland viele Arbeitsplätze hier. Dass die Arbeitslosigkeit insgesamt trotzdem steigt, hat hauptsächlich mit den Rationalisierungsprozessen in einer kapitalistischen Wirtschaft zu tun. Menschen werden durch Maschinen ersetzt, weil sie langfristig billiger sind. Das ist in jedem kapitalistischen Staat so.

*„Also sind die Löhne nicht zu hoch?“*

Im Gegenteil: Die Löhne sind seit Jahren nicht mehr am gestiegenen volkswirtschaftlichen Reichtum beteiligt. Tatsächlich sind die Reallöhne gesunken bei gleichzeitiger stärkeren Belastungen der Lohnarbeitenden (z. B. Gesundheitsreform, Mehrwertsteuerhöhung). Das hat die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten geschwächt, für weiteren Arbeitsplatzabbau und für geringere Steuereinnahmen gesorgt. Lohnsteigerungen würden nicht die strukturellen Probleme des Kapitalismus beseitigen; sie wären aber eine sinnvolle Maßnahme zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland.

Dies bestätigt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Es warnte vor den negativen Folgen der Lohnzurückhaltung: Zwar habe diese den großen Exporterfolg der deutschen Wirtschaft ermöglicht, aber auch die Binnennachfrage geschwächt. Die niedrigen Löhne hätten in den vergangenen zehn Jahren 600 000 Jobs gekostet. (FR vom 07.09.07).

## 2. Der Mythos von den arbeitslosen Sozialschmarotzern

*„Die Arbeitslosen missbrauchen den Sozialstaat und wollen gar nicht arbeiten!“*

„Man weiß doch, dass ganz viele Arbeitslose, Hartz IV-Empfänger usw. faul sind und den Sozialstaat missbrauchen.“

Der Datenabgleich der Bundesagentur für Arbeit (im Folgenden: BA) vom Oktober 2005 ergab bei ALG II-Zahlungen einen vorläufigen Betrag von 27 Millionen Euro, der fälschlicherweise gezahlt wurde; das entspricht einem Anteil von 0,2 % der Gesamtzahlungen von ca. 25 Mrd. Euro.<sup>1</sup>

Nach einer BA-internen Statistik wurden insgesamt 2,5 % der ALG II-Bezieher sanktioniert. Nur bei einem Drittel der Betroffenen war ein abgelehnter Job die Ursache, die meisten Kürzungen wurden nach Meldeversäumnissen verhängt. Für die 69 Kreise, in denen die Kommunen die Langzeitarbeitslosen allein betreuen, schätzt der Deutsche Landkreistag, dass man bei etwa einem Prozent das ALG II kürzte, weil ein Stellenangebot ausgeschlagen wurde. Das kommt den BA-Zahlen sehr nahe. Von den ALG I-Beziehern lehnten nach dieser Studie 0,7 % ein Stellenangebot ab.<sup>2</sup>

Als Fazit kann man feststellen: Fast alle Arbeitslosen nehmen fast jede Arbeit an!

Von einem relevanten „Sozialmissbrauch“ kann man also nicht sprechen. Im Gegenteil hat die Caritas 2004 in einer Studie geschätzt, dass insgesamt ca. 120 Mio. Euro durch fälschlicherweise in Anspruch genommene Leistungen verloren gehen<sup>3</sup>, ca. 2,2 Mrd. Euro an zustehenden Leistungen aber durch Scham oder Unkenntnis nicht in Anspruch genommen wurden!<sup>4</sup> Die Frankfurter Sozialwissenschaftlerin Irene Becker hat in einer im Oktober 2006 vorgelegten Studie errechnet, dass von 10 Mio. Hartz IV-Anspruchsberechtigten nur 7,4 Mio. Leistungen erhalten.<sup>5</sup> Wenn man den Missbrauch ins Verhältnis zu den ca. 60 Mrd. Euro setzt, die dem Staat im Jahr durch Steuerhinterziehung verloren gehen (ein Verhältnis von 1:530), wird klar, dass

der „Sozialmissbrauch“ in erster Linie ein ideologisches Argument ist.

Hierbei ist zu beachten, dass „Missbrauch“ nur da gegeben ist, wo Menschen tatsächlich Leistungen erhalten, die ihnen nach Recht und Gesetz nicht zustehen. In manchen Diskussionen entsteht heute der Eindruck, dass bereits ein „Missbrauch am Sozialstaat“ gegeben ist, wenn Menschen ihr gutes Recht in Anspruch nehmen. Dieser Interpretation muss deutlich widersprochen werden.

*„Aber den Hartz IV-Empfängern geht es doch viel zu gut!“*

Sehr luxuriös ist das Leben mit Hartz IV nicht. Von den 345 Euro stehen pro Tag zur Verfügung:

- 3,79 Euro für Ernährung und Getränke, darunter 83 Cent für Frühstück und je 1,48 Euro für Mittag- und Abendessen
- 27 Cent für Café- und Kneipenbesuche (etwa 1 Cappuccino in der Woche)
- 47 Cent für öffentlichen Nahverkehr (etwa eine Hin- und Rückfahrt mit dem Bus pro Woche)
- 77 Cent für Telefon (inkl. Grundgebühren, etwa 24 Cent für Gespräche am Tag)
- 25 Cent für Zeitungen oder Zeitschriften
- 21 Cent für Freizeit- und Sportangebote (etwa einmal im Monat Kino)
- 0 Cent für Bildung

Nicht berücksichtigt werden im Übrigen in den Mietsätzen tatsächliche Mieten und Heizkosten, Tilgungsraten für Eigenheime und Schulden, einmalige Anschaffungen, Kontoführungsgebühren u.ä.

Die Bezugsgröße für den Regelsatz ist eben nicht der mittlere Lebensstandard der Bevölkerung; vielmehr orientiert sich dieser sehr bescheidene Anspruch offiziell an den Konsumausgaben des unteren Fünftels der Bevölkerung. Experten und Wohlfahrtsverbände kritisieren, dass das soziokulturelle Existenzminimum durch diese Beträge nicht gedeckt sei.

Die Folgen von Hartz IV sind jetzt schon alarmierend: So leben nach Auskunft des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ca. 1,7 Mio. Kinder in Hartz IV-Haushalten.<sup>6</sup> Weder für sie

1 vgl. die entsprechende Studie des WSI, Zusammenfassung in der FR vom 28.7.2006

2 vgl. WAZ vom 18.1.2007

3 vgl. Berliner Morgenpost vom 18.9.2004

4 vgl. das Interview mit Peter Neher im SWR 2 vom 23.10.2004

5 Irene Becker, Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der AL II-Grenze, Arbeitspapier des Projekts „Soziale Gerechtigkeit“ Nr. 3 (Oktober 2006), gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung

6 Die vollständige Studie des DPWV „Hartz IV heißt zu wenig für zu viele“ und Tabellenmaterial

noch für ihre Eltern zeichnen sich langfristig Perspektiven ab. Hartz IV-Empfänger zahlen bereits jetzt kaum nennenswert in die Rentenversicherung ein. Die Arbeitsämter halbieren nun die Einzahlungen in die Rentenkassen. Die Altersarmut ist damit vorprogrammiert. Insgesamt wächst die Menge der in Passivität verharrenden, stigmatisierten und unter Generalverdacht gestellten Personen. Umfragen, die das schwindende Vertrauen in demokratische Institutionen belegen, dürften damit in Zusammenhang stehen.

*„Aber vielen Hartz-IV-Empfängern geht es doch jetzt besser als wenn sie arbeiten würden!“*

Ein Langzeitarbeitsloser mit Ehefrau und zwei Kindern kann im Höchstfall 1.597 Euro ALG II erhalten, davon 552 Euro für die Kinder. (Der tatsächliche Durchschnitt liegt wegen angerechneter zusätzlicher Einkommen bei 919 Euro). Tritt er eine Stelle an, mit der er 1.009 Euro netto verdient, erhält er für die Kinder jeweils 154 Euro Kindergeld und 140 Euro Kinderzuschlag, erhält er ebenfalls insgesamt 1.597 Euro. Verdient er mehr, liegt er über dem Bedarfssatz. Das Lohnabstandsgebot ist prinzipiell gewahrt, wenn ein Erwerbstätiger einen „anständigen“ Tariflohn erhält.<sup>7</sup> Das geschieht in der Praxis oft nicht. Vielmehr gibt es immer mehr Niedrigst- und Dumpinglöhne.

Betroffene Branchen sind insbesondere Reinigungsfirmen, Friseure, Altenpflege, Wach- und Schließdienste. In Hamburg z. B. arbeiten Reinigungskräfte für ca. 2,50 Euro die Stunde<sup>8</sup>. Durch dieses Unterlaufen von tariflichen Löhnen und allgemein die zunehmende Tendenz zu Niedrig- und Dumpinglöhnen kann ein Hartz IV-Empfänger tatsächlich mehr Leistungen erhalten als ein Vollzeitbeschäftigter. Daraus kann man allerdings nicht die Forderung ableiten, das Niveau von Hartz IV zu senken, was eine Unterschreitung des Existenzminimums bedeuten würde. Vielmehr müssen ausreichend hohe Löhne gezahlt werden.

*„Aber jede Arbeit ist doch besser als keine Arbeit!“*

Langzeitarbeitslosen sind prinzipiell irgendwann alle Jobs zumutbar. Der/die Arbeitslose muss bereit sein, umzuziehen und 3 Stunden am Tag zu pendeln. Die Qualität der Arbeitsbedingungen spielt keine Rolle. Die als Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit gepriesenen Ein-Euro-

---

kann unter [www.paritaet.org](http://www.paritaet.org) heruntergeladen werden.

7 Vgl. die WSI-Studie bzw. die FR vom 28.7.2006

8 Vgl. Hamburger Abendblatt vom 8.1.2007

Jobs sorgen zwar nur in den seltensten Fällen für die Übernahme in den ersten Arbeitsmarkt, haben aber zum Abbau mehrerer Hunderttausender regulärer Arbeitsstellen geführt, verschlechtern also auch für die jetzt regulär Beschäftigten die Perspektiven.<sup>9</sup> Früher wusste die katholische Soziallehre, dass die Arbeit für den Menschen und seine personale Selbstverwirklichung da ist. Vom „gerechten Lohn“, so die Päpste und Soziallehrer, sollte man leben können. Heute erhalten etwa 900.000 Menschen zu ihrem niedrigen Einkommen noch eine staatliche Hilfe dazu, um Hartz IV-Niveau zu erreichen<sup>10</sup>. Im Fachjargon nennt man diese Arbeitenden „working poor“: Menschen, die arm sind, obwohl sie (mindestens) einer Erwerbsarbeit nachgehen. Diese Tendenzen drücken auf die Löhne aller Beschäftigten und verschärfen die Armutsprozesse (siehe die Verteilung von Einkommen und Vermögen im Mythos „Die Kassen sind leer!“).

*„Aber wer wirklich Arbeit sucht, findet doch welche! „*

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Nürnberger BA schätzt im Moment, dass es im Jahresdurchschnitt gut 4 Millionen Arbeitslose geben wird, davon ca. zwei Drittel ALG II-Empfänger.<sup>11</sup> In diesen Zahlen sind nicht enthalten ca. 1,6 Mio. Menschen in Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, im vorzeitigen Ruhestand usw. und eine „stille Reserve“ von ca. 1,9 Mio. Menschen, die gerne arbeiten würden, sich aber mangels Aussicht oder wegen fehlender Kinderbetreuung gar nicht erst arbeitslos melden (mehrheitlich Frauen)<sup>12</sup>.

In Deutschland suchen also mindestens 7,5 Mio. Menschen Arbeit. Die Bundesregierung schätzt (und das ist sehr optimistisch), dass es 800.000 offene Stellen gibt (eine Steigerung ist im Bereich unternehmensnaher Dienstleistungen, besonders in der Zeitarbeitsbranche und in der Reinigungsbranche zu verzeichnen). Wenn tatsächlich alle offenen Stellen an alle Arbeitssuchenden vermittelt werden könnten (was aus unterschiedlichen Gründen z. B. benötigten Qualifikationen,

---

9 Vgl. den IAB-Forschungsbericht Nr. 2/2007 von Anja Kettner und Martina Rebien, Soziale Arbeitsgelegenheiten. Einsatz und Wirkungsweise aus betrieblicher und arbeitsmarktpolitischer Perspektive

10 Siehe die Studie von Irene Becker (Fußn. 5)

11 Vgl. die aktuellen Schätzungen der IAB auf [www.iab.de](http://www.iab.de)

12 Die vollständige Studie und dazu gehöriges Tabellenmaterial können über [www.paritaet.org](http://www.paritaet.org) heruntergeladen werden.



regionaler Mobilität u.a. sehr unrealistisch ist), gäbe es immer noch knapp 7 Mio. arbeitslose Arbeitssuchende. Im Laufe der letzten Jahrzehnte ging die Zahl der Erwerbstätigen zudem immer mehr zurück (im Moment gibt es bei leichtem Anstieg ca. 39 Mio. Erwerbstätige), so dass mit einer dauerhaften Steigerung des Angebots an Arbeitsplätzen nicht zu rechnen ist. Die sog. „Sockelarbeitslosigkeit“, das heißt der Sockel an Arbeitslosen, der auch im Aufschwung bleibt, wird insgesamt immer größer. Dies liegt in erster Linie an den Rationalisierungsprozessen in einer kapitalistischen Produktion: Menschen werden durch Maschinen bzw. durch Computer ersetzt.

Die bundesdeutsche Gesellschaft (und nicht nur sie) muss der Tatsache ins Auge sehen, dass unter den jetzigen Vorzeichen Millionen Menschen ohne Lohnarbeit bleiben werden. Die Arbeitslosigkeit liegt demnach keinesfalls in der „Faulheit der Arbeitslosen“ begründet, sondern in den allgemeinen strukturellen Entwicklungen.

*Warum wird diese ausgrenzende Arbeitsmarktpolitik eigentlich verfolgt und durchgesetzt?*

Das absolut vorrangige Ziel der heutigen staatlichen Arbeitsmarktpolitik ist die Integration der Erwerbsfähigen in den ersten (regulären) Arbeitsmarkt. Diesem Zweck dienen alle Maßnahmen: der (staatlich geförderte) Niedriglohnsektor, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, große

Zumutbarkeiten u.a. Das vorrangige Ziel der „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“, wie sie von den Regierungen Clinton, Blair und Schröder proklamiert wurde, ist es, die „Beschäftigungsfähigkeit“ des Einzelnen zu fördern. Die Pflicht des Einzelnen ist es, „beschäftigungsfähig“ zu werden. Schafft das der Einzelne nicht, gilt er als selbst dafür verantwortlich und erfährt Repression – bis zum vollständigen Ausschluss aus der Gesellschaft. Ein liberaler Markt und ein autoritärer, disziplinierender Staat sind also zwei Seiten einer Medaille.<sup>13</sup>

Das Problem der „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“ ist, dass Arbeitslosigkeit kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem ist: Es gibt wesentlich weniger Arbeitsplätze als Arbeitssuchende, es wird in Zukunft noch weniger geben. Gleichzeitig werden Gelder für Weiterbildung und Qualifikation tendenziell gekürzt, die Arbeitsbedingungen werden schlechter und nur ein Arbeitsplatz reicht evtl. auch nicht mehr zum Leben. Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik löst keines dieser Probleme, sondern lastet die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit dem Einzelnen auf. Das Schüren von Neid und das Propagieren von Sozialmissbrauchsthese lenken in diesem Zusammenhang von den tatsächlichen Zusammenhängen erfolgreich ab.

---

13 Vgl. zum Konzept des „aktivierenden Staates“ z. B. Achim Trube/Norbert Wohlfahrt: Sozialstaatsentwicklung und aktuelle Arbeitsmarktreform, in: Soziale Arbeit 1/2004

### 3. Der Mythos von den leeren Staatskassen

*"Die Kassen sind leer, wir müssen sparen!"*

*„Die Verschuldung der öffentlichen Kassen steigt immer mehr an, wo soll das hinführen?“*

Tatsächlich ist die Staatsverschuldung besonders in den 1990er Jahren nach der deutschen Einheit stark gestiegen, ebenso nach 2001 bedingt durch das schwache Wirtschaftswachstum (vgl. Schaubild 1). Was den Anteil am Bruttoinlandsprodukt betrifft, so war der Anstieg der Verschuldung aber nicht so stark, zwischendurch sogar leicht rückläufig.

Die entscheidende Frage ist: Wodurch ist die Staatsverschuldung gestiegen? Zum einen war das Wirtschaftswachstum schwach; zum anderen hat der Verzicht auf Steuereinnahmen die Schuldenquote wieder ansteigen lassen. Die in der Folge wegbrechenden Einnahmen haben so u.a. die kommunalen Finanzen in die Krise gestürzt. Dadurch standen den Gemeinden für Investitionen, Personal und soziale Leistungen u.a. weniger Mittel zur Verfügung. Vielerorts wurde gekürzt, kommunale Bereiche wurden privatisiert (siehe das Kapitel zur Privatisierung, vgl. auch Schaubild 2).

Sind die Gewinne in den letzten Jahren deutlich gestiegen, so sind die Gewinnsteuern in den Jahren 2000 bis 2006 (besonders drastisch 2001) in absoluten Zahlen dennoch geringer ausgefallen (vgl. Schaubild 3) und auch prozentual deutlich gesunken. Die steigenden Gewinne führten übrigens nicht zu steigenden Investitionen, wie Schaubild 3 zeigt. Schaut man auf die ausgeschütteten Dividenden und die tatsächlich bezahlten Steuern der Kapitalgesellschaften seit 1995, so ist auch hier diese Entwicklung offen ersichtlich (vgl. Schaubild 4).

Kein Wunder, dass die Steuerquote - also der Anteil der Steuereinnahmen am insgesamt geschaffenen Reichtum - in der Tendenz seit rund 30 Jahren gesunken ist (vgl. Schaubild 5).

Die Steuereinnahmen setzen sich in steigendem Maß aus der Lohn- sowie der Mehrwertsteuer und den Verbrauchssteuern zusammen. Die Lohnarbeitenden und Konsumenten tragen also eine viel höhere Steuerlast als noch vor einigen Jahren, während die Unternehmen trotz hoher Gewinne entlastet wurden. Der zunehmend privat angehäufte Reichtum entspricht spiegelbildlich den leeren öffentlichen Kassen.

*„Aber die Unternehmen beklagen sich doch seit Jahren über zu hohe Steuern!“*

Tatsächlich ist die Steuerquote im internationalen Vergleich ausgesprochen niedrig, die Steuerzahlungen verschiedener großer Unternehmen fallen u.a. durch verschiedene Abschreibungsmöglichkeiten sehr verschieden aus. Was in Deutschland im internationalen Vergleich sehr hoch ist, ist allerdings die Sozialabgabenquote. Steuer- und Abgabenquote zusammen sind aber im Vergleich immer noch unterdurchschnittlich. Die Klagen über zu hohe Steuern, die den deutschen Standort gefährden sollen, sind deshalb unbegründet.

*„Aber wenn die Unternehmen entlastet werden, geht es doch der Wirtschaft und damit den Beschäftigten gut!“*

Hier ist ein Blick auf die Wirtschaftspolitik der EU und deren Folgen aufschlussreich: Die Beseitigung von Handelsschranken, mehr Wettbewerb und steuerliche Entlastungen sollten zu sinkenden Preisen und dadurch zu mehr Konsum führen. Die Nachfrage sollte steigen, die Unternehmen mehr investieren und die Beschäftigung zunehmen.

Die Wirklichkeit sah anders aus: Das Wachstum blieb lange schwach, die Arbeitslosigkeit stieg deutlich, der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sank, die Investitionen gingen zurück, die Staatseinnahmen wurden geringer und die öffentlichen Defizite größer (vgl. *Anne Karass/Jörg Huffs Schmid, Europa sozial*). Ob das gegenwärtige Wachstum, das sich stark dem Export verdankt, hier eine Trendwende einleitet, ist sehr fraglich.

*„Welche Wirtschaftspolitik wäre denn heute sinnvoll?“*

Die Unternehmen und die Vermögenden dürfen nicht länger entlastet werden, sondern sollten verstärkt zur Finanzierung notwendiger Aufgaben der öffentlichen Haushalte herangezogen werden. Allein durch den Absturz der Steuerquote zwischen 2000 und 2005 hat der Staat jährlich auf 60 Mrd. Euro Einnahmen verzichtet. Wünschenswert wären eine einheitliche Steuer- und Wirtschaftspolitik in der EU, die sich an der Bereitstellung öffentlicher Güter, der Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Herstellung von sozialem Ausgleich orientiert. Im Übrigen sind Staatsschulden an sich ökonomisch kein Problem, wenn die Ausgaben des Staates tatsächlich die Nachfrage stärken und dadurch zu höherem Wachstum, höherer Beschäftigung und höheren Steuereinnahmen führen. Öffentliche Ausgaben können auch einen

hohen Wert für die nachfolgenden Generationen haben, wenn nachhaltig in den Ausbau von Bildung, Infrastruktur und Umweltschutz investiert würde. Die aktuelle Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Unternehmen und Vermögenden erreicht dies aber gerade nicht.

„Warum betreibt der Staat denn diese Umverteilungspolitik?“

Offenbar sieht er das als seine Aufgabe an. Warum, versuchen wir in der Einführung und im Nachwort zu erklären.



Schaubild 1

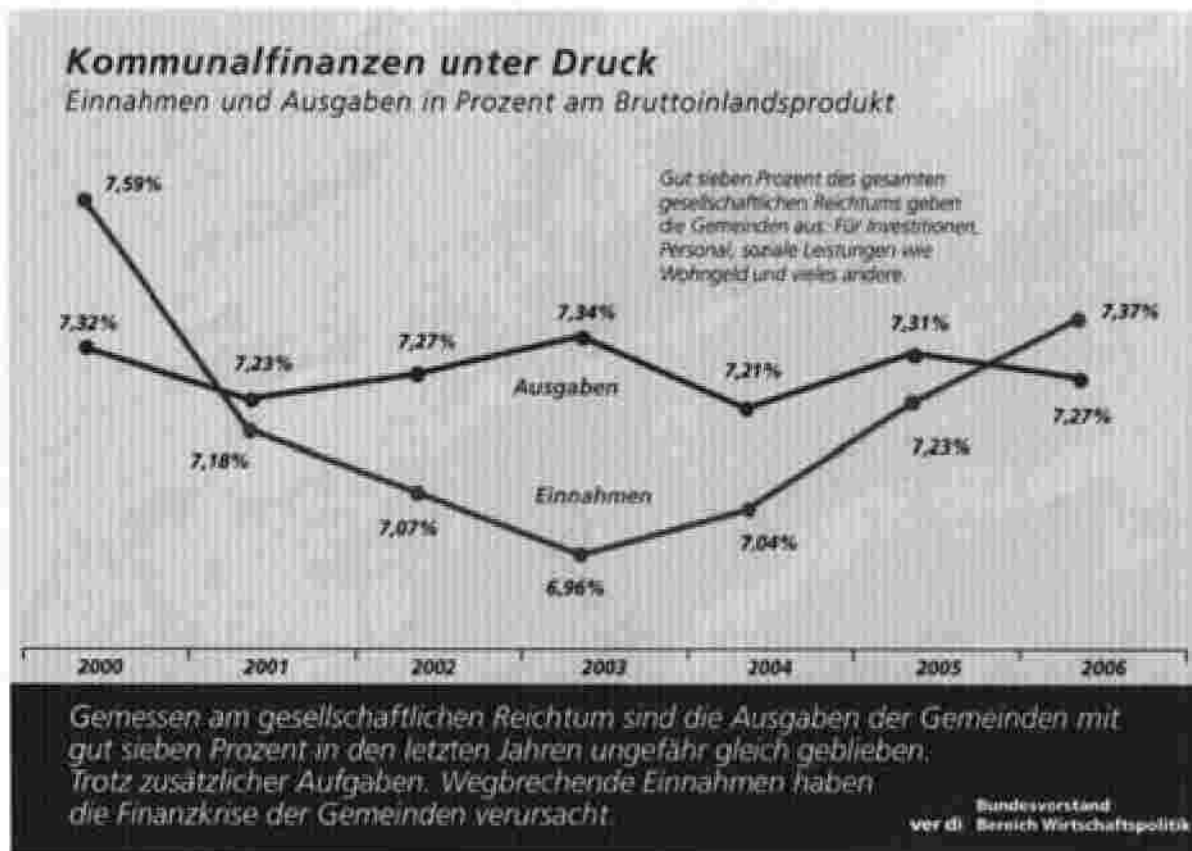


Schaubild 2

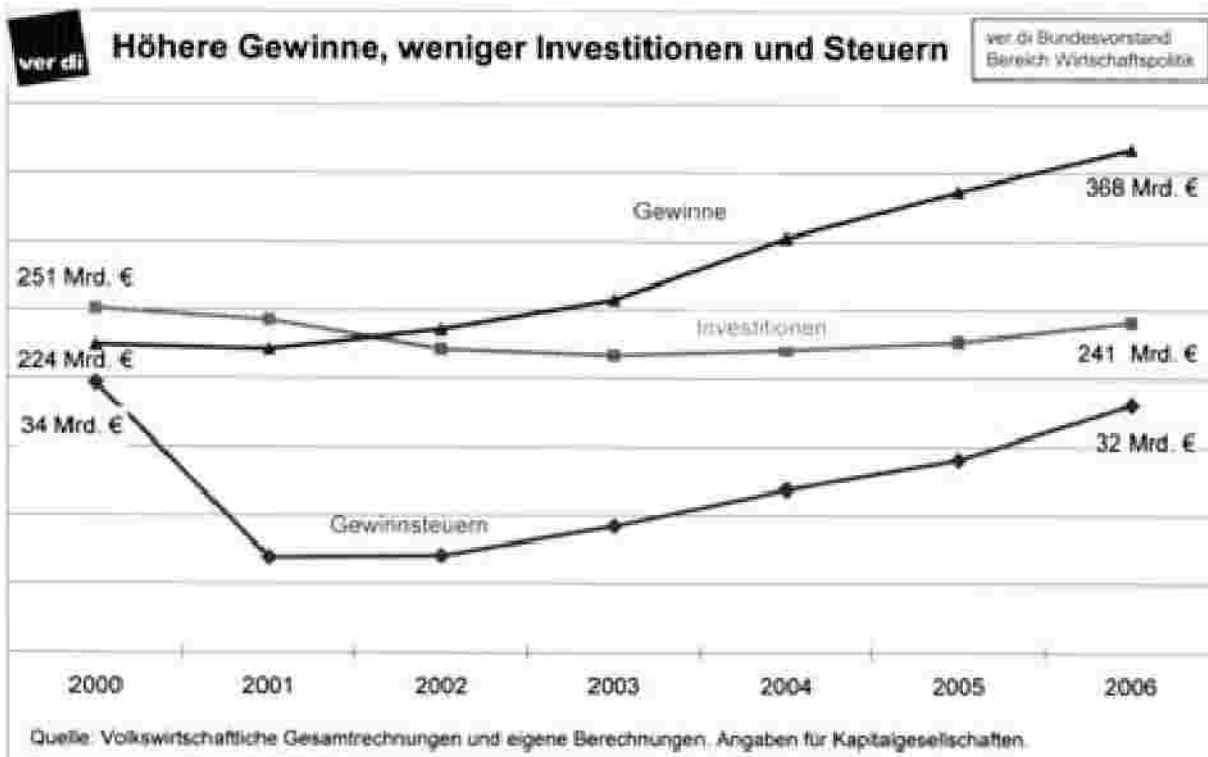
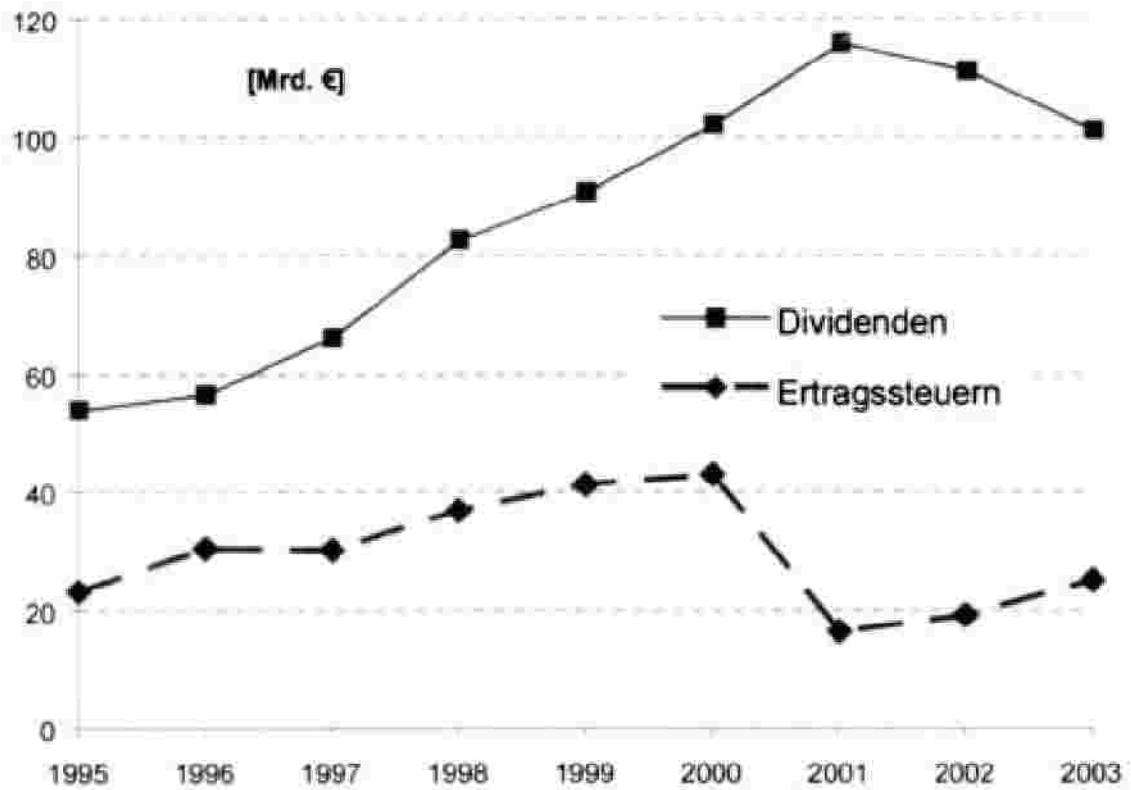


Schaubild 3

**Bild I: Ausgeschüttete Dividenden und tatsächlich bezahlte Steuern der Kapitalgesellschaften**



Quelle: Jarass/Obermair, 2004a, aktualisiert durch destatis, 2004

Schaubild 4



Schaubild 5

## Der Mythos von der heilsamen Privatisierung

*‘Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist angesichts leerer Kassen eine Notwendigkeit. Durch den Wettbewerb erhöhen sich zudem die Qualität der Angebote, die Selbstbestimmung der Konsumenten und die Chance auf günstige Preise.’*

### Was ist Privatisierung – was wird privatisiert?

Privatisierung ist die Einführung gewinnorientierter Steuerung in Bereiche, die bisher an Kriterien des Gemeinwohls ausgerichtet waren. Privatisierung findet in verschiedenen Formen statt:

- als Überführung öffentlicher in private Unternehmen wie bei der Post,
- als private Bereitstellung bisher öffentlicher Dienstleistungen - etwa in der Bildung oder der Kultur,
- als Übertragung sozialer Sicherung beispielsweise im Gesundheitswesen an private Finanzmärkte,
- oder als Verwandlung von Teilen der Natur wie Wasser oder Genen in Privateigentum.

Es handelt sich also um das Feld der Bereitstellung und Versorgung mit öffentlichen Gütern und um die Systeme sozialer Sicherung.

Privatisierung in diesen Bereichen bedeutet Systemwechsel.

---

*Privatisierung ist der Verkauf von staatlichem Besitz, meist weit unter Wert, an private Betreiber. Staatlicher Besitz ist jedoch Besitz des Volkes, mit den Mitteln der Bevölkerung aufgebaut. Jegliche Modernisierung im Laufe der Zeit wurde aus Steuermitteln finanziert, wenn die eigene Kapitaldecke des Staatsunternehmens nicht ausreichend war. Für den Staat waren aber nicht nur Ausgaben mit den Staatsbetrieben verbunden, sondern er hatte auch Einnahmen, die oft erheblich höher lagen, als die Ausgaben. Prinzipiell ist mit Staatsbetrieben keine Gewinnabsicht verbunden. Er befriedigt mit seinen Unternehmen essentielle Bedürfnisse des Staates, genauer der Bevölkerung. (<http://www.flegelg.de/privatisierung-bahn.html>)*

### Warum sind öffentliche Aufgaben in öffentlicher Hand?

Die Staatswirtschaft, auch öffentliche Wirtschaft, also: die Bewirtschaftung öffentlicher Güter ist seit dem 19. Jahrhundert ein konstitutiver Bestandteil des wirtschaftlichen Gesamtgeschehens. Sie ist verbunden mit der Vorstellung vom

*Gemeinwohl*, dessen praktische Form die Leistungen der Daseinsvorsorge bilden. Im Lateinischen wurde das *bonum commune* genannt, im Englischen *common good*.

Die Herstellung und Aufrechterhaltung von Gemeinwohl hatte und hat auch sozial integrative Absichten und sollte die Schärfe von Klassengegensätzen abmildern.

Heute sprechen wir eher von *öffentlichen Gütern* (im Unterschied zu den privaten), und der Zugang zu diesen ist eng verknüpft mit den sozialen und kulturellen Menschenrechten.

### Was sind öffentliche Güter und Dienstleistungen?

(aus: <http://www.attac.de/privatisierung>)

Im Gegensatz zu privaten Gütern, die sich am Profit orientieren, dienen öffentliche Güter dem Gemeinwohl und dürfen nicht in den Besitz von einer/m Einzelnen oder Wenigen gelangen.

Unter öffentlichen Gütern versteht man zum Beispiel:

- Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen (intakte Umwelt, saubere Luft, Nahrung, Wasser, öffentliche, soziale, menschliche Sicherheit, etc.)
- kulturelles Erbe (Künste, Architektur, Bräuche, Sprache, etc.)
- Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Wissen, etc.)
- Bereitstellung und Erhaltung einer materiellen Infrastruktur (Öffentlicher Personen-Nahverkehr, Verkehrswege, Telekommunikation, etc.)
- ein immaterielles System von Regeln und Institutionen zu Regelung politischer und ökonomischer Prozesse (Frieden, Rechtssicherheit, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, etc.)

Öffentliche Güter unterscheiden sich von privaten Gütern erstens durch das Prinzip der Nicht-Ausschließbarkeit, d.h., dass niemand von der Nutzung ausgeschlossen werden darf und allen Mitgliedern einer Gesellschaft eine gleichberechtigte Nutzungsmöglichkeit zuteil wird. Das zweite Merkmal ist die sogenannte Nicht-Rivalität seines Konsums: Ein öffentliches Gut können im Prinzip unendlich viele Personen in gleicher Weise nutzen, ohne dass es in seiner Qualität gemindert wird. Klassische Beispiele hierfür sind

etwa der Hochwasserschutz oder Wissen und Bildung als öffentliche Güter, die durch ihre Verbreitung eher den Nutzen für die Gesellschaft vergrößern als diesen qualitativ zu mindern.

Was öffentliche Güter sind, legt eine Gesellschaft selbst normativ fest. Dies variiert und wird durch das soziale Kräfteverhältnis beeinflusst. Damit sind öffentliche Güter eine gesellschaftliche Angelegenheit und essentieller Bestandteil einer Demokratie. Öffentliche Güter und Dienstleistungen sind also kein Expertenthema. Jeder Mensch hat die Verantwortung und das Recht mitzuentcheiden.

Öffentliche Dienstleistungen werden funktional begründet als notwendig zum Funktionieren der Gesellschaft, und normativ: Sie sind notwendig für die Erfüllung von Grundrechten und Grundbedürfnissen der Menschen. Insbesondere sozial benachteiligte Menschen sind auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen: Wer kein Geld für Bücher hat, braucht Bibliotheken, nur wer Geld für eine Privatschule hat, kann auf öffentliche Schulen verzichten.

Indem Güter und Dienstleistungen öffentlich bereitgestellt werden, sind sie auch für diejenigen in einer Gesellschaft zugänglich, die nicht über die notwendige Kaufkraft verfügen, um über den ‚Markt‘ kommerziell angebotene Güter und Dienste zu bezahlen. Das Aufheben des öffentlichen Charakters von Gütern und Dienstleistungen, also Privatisierung, drängt sozial Benachteiligte an den Rand der Gesellschaft und schließt sie aus.

Deshalb könnte man als Standards für Dienstleister u.a. nennen:

- Gleichberechtigter, diskriminierungsfreier und kostengünstiger Zugang zu allen Leistungen,
- Flächendeckendes, quantitativ ausreichendes und qualitativ genügendes, zeitlich unbegrenztes Angebot von Leistungen,
- Berücksichtigung des technischen Fortschritts und nachhaltiger Investitionen unabhängig von Gewinnerzielungsabsichten,
- Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzzielen und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für die zukünftigen Generationen,
- Freier Zugang der Nutzer zu allen relevanten Informationen über das Angebot von Leistungen und die Leistungsträger,

- Teilhabe der Bürger an den Entscheidungsprozessen und Kontrolle über die demokratisch gewählten Gremien.

### Was ist die Aufgabe von Diensten der öffentlichen Daseinsvorsorge?

- Kommunale Daseinsvorsorge: Versorgung/Infrastruktur Wasser, Strom, Gas, ÖPNV, häufig auch Bäder (oft vieles unter dem Dach von Stadtwerken/Gemeindewerken)
- Gesundheit: Auch viele Krankenhäuser befinden sich im kommunalen Besitz und werden zunehmend privatisiert. Landeskrankenhäuser, Unikliniken... Gesetzliche Krankenversicherung, Zuzahlung, Zusatzversicherungen...
- Bildung: Schulen Universitäten/Fachhochschulen.

### Warum sollen öffentliche Aufgaben privatisiert werden?

*„Privatisierung ist sinnvoll. Private Betreiber haben im Unterschied zu den öffentlichen weniger Bürokratie, sind flexibler und innovationsfreudiger. Weniger Staat – mehr Markt.“*

Rüdiger Strehl, Generalsekretär des Verbands der Uniklinika Deutschlands, hat auf den Punkt gebracht, worum es dabei geht: „Privates Kapital hilft auch bei einer dauerhaften Befreiung von bürokratie- und kostenträchtigen Relikten öffentlicher und gemeinnützig getragener Kliniken wie etwa veraltete Tarifstrukturen, Sonderkosten für betriebliche Altersversorgungssysteme oder Beschränkungen durch Vergabevorschriften im Einkauf.(...) Für all dieses lässt der Zwang zur Erwirtschaftung von Zins, Tilgung und Gewinn in privat betriebenen Kliniken kaum noch Raum. In jedem Fall hilft Privatisierung bei der Herstellung einer größeren Wettbewerbsfähigkeit.“

### „Weniger Bürokratie?“

Der Bürokratievorwurf führt nie zu dem an sich logischen Schluss, man müsse über eine Entbürokratisierung der öffentlichen Bürokratie, also effizientere Formen des Managements von Gemeinaufgaben nachdenken.

Der Bürokratievorwurf wird nur dort erhoben, wo die Privatisierung der Dienste Gewinn verspricht. Der Vorwurf der allzu großen Bürokratie ist eine Schein- und Schutzbehauptung interessierter Investoren.

### „Privatisierung ist kosteneffizienter?“

Die Profitorientierung der Privaten und die für die Kommunen unabdingbare Nachhaltigkeit des Wirtschaftens sind in weiten Bereichen entgegengesetzte Ziele. Privatinvestoren und Privatbetreiber investieren, außer bei sogenannten strategischen Objekten, nur soweit wie nötig und rentabel.

Sogenannte Effizienzvorteile der privaten Wirtschaft – niemand hat bisher bewiesen, dass sie grundsätzlich leistungsfähiger ist als die öffentliche –, fließen primär in die Taschen der Anteilseigner, nicht der Kunden.

Falls Kundengruppen dennoch bedient werden müssen, handelt es sich fast immer um Großverbraucher. Mit der privaten Beteiligung schwinden die Transparenz der Wirtschaftstätigkeit und die Fähigkeit der demokratisch gewählten Gremien, für die Kommunen und im Interesse der Bürger Kontrolle auszuüben.

### Warum machen z.B. die Kommunen mit?

„Privatisierung ist notwendig. Unsere Stadt muss die Wasserwerke an private Investoren verkaufen, damit wir endlich von den Schulden runter kommen.“

---

### Das Recht auf Wasser als Menschenrecht

Das Recht auf Wasser wird zu gleichen Teilen aus dem Recht auf Nahrung und dem Recht auf Gesundheit abgeleitet: Das Recht auf Wasser umfasst zunächst den Zugang einer jeden Person zu existierender Wasserversorgung und den Schutz vor erzwungener Unterbrechung der Versorgung. Das verfügbare Wasser soll nicht verschmutzt sein. Jede Person hat zudem einen Anspruch auf ein funktionierendes Versorgungssystem. Die Wasserversorgung soll so organisiert und verwaltet werden, dass der Zugang zu Wasser nachhaltig gesichert ist.

(Hg. Brot f. d. Welt, Wasser als Menschenrecht) <http://www.menschenrechtwasser.de/>

---

Die Kommunen sind zum Teil hoch verschuldet. Ihre Schulden sind ein strukturelles Problem, und strukturelle Probleme lassen sich nicht durch einmalige Aktionen beheben. Der Verkauf eines städtischen Betriebes ist nur eine einmalige Einnahme, entlastet kurzfristig den Haushalt, ändert aber langfristig nichts daran, dass bald wieder die gleiche Schulden-Situation entsteht.

Privatisierung im kommunalen Bereich kann verschiedene Formen haben. Das Cross-Border-Leasing, bei dem städtische Einrichtungen an ausländische, vor allem amerikanische Finanz-

konzerne verkauft und dann zurückgeleast werden, ist bekannt, riskant und zurzeit im Rückgang begriffen. Hoch im Kurs steht zurzeit die sogenannte Public Private Partnership.

Die Kommunen bedürfen, wenn sie den Gesamtauftrag zur Schaffung befriedigender Lebensverhältnisse gerade auch in den ökonomisch nicht rentierlichen Bereichen (Bildung, Kultur, Soziales) nicht kontinuierlich weiter schleifen lassen wollen, einer bedarfsgerechten Steuerreform.

---

Als **Public Private Partnership** (Abkürzung PPP), auch **Öffentlich-Private Partnerschaft** (ÖPP), wird die **Mobilisierung privaten Kapitals und Fachwissens zur Erfüllung staatlicher Aufgaben** bezeichnet. Im weiteren Sinn steht der Begriff auch für andere Arten des kooperativen Zusammenwirkens von Hoheitsträgern mit privaten Wirtschaftssubjekten. PPP geht in vielen Fällen mit einer Teil-Privatisierung von öffentlichen Aufgaben einher.

Die öffentliche Hand erwartet von der Partnerschaft mit der privaten Wirtschaft die Entlastung der angespannten öffentlichen Haushalte, da der private Unternehmer die gesamte Finanzierung maßgeblich abgestellt auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes selbst besorgt.

Die privaten Unternehmen versprechen sich von der Beteiligung an PPP Vorhaben neue profitabile Geschäftsfelder. (Wikipedia)

---

### Was sind die Erfahrungen mit Privatisierung?

„Die bisherigen Beispiele von Privatisierung zeigen, Privatisierung erhöht die Qualität der Dienste und die Selbstbestimmung der Kunden.“

Allein 2005 veräußerten die deutschen Städte und Gemeinden Vermögen für 5,7 Milliarden Euro. Wasserversorgung, Straßenreinigung, Gartenbaubetriebe, Kliniken, Müllabfuhr, Messehallen, Busverkehr, Wohnungen, Schulhausbau – überall kaufen sich private Investoren ein. Allein von 2003 auf 2004 sind laut Statistischem Bundesamt rund 61000 kommunale Arbeitsplätze in die Privatwirtschaft abgewandert.

### Formen und Nutznießer von Privatisierung

Mit Slogans wie "Du bist Deutschland - Du bist 82 Millionen - Dein Wille ist wie Feuer unterm Hintern," initiierte vor zwei Jahren die Bertelsmann AG mit 30 Millionen EUR eine der größten deutschen "Social-Marketing-Kampagnen": die - von Depressionen und Zukunftsängsten geschüt-



telten - Deutschen sollten wieder auf gute Laune, als "deutsche Volksgemeinschaft in ideologischer Not- und Zwangsgemeinschaft" getrimmt werden. Die Fortsetzung der Kampagne ist in Vorbereitung. Hinter den Kulissen gehört der Bertelsmann-Konzern und seine Stiftungen zu den Strippenziehern bei Privatisierungen und Sozialabbau. (aus attac-Ffm website).

Bei privaten Dienstleistungsanbietern fallen die gleichen Kosten an wie bei öffentlichen: für Arbeitsplätze, Unterhaltung und Neuinvestitionen in Anlagen etc. Sie müssen aber darüber hinaus noch gewaltige zusätzliche Erträge erwirtschaften: Dividenden oder andere Arten der leistungslosen Belohnung von Aktionären/Eigentümern.

---

**Beispiel: Universitäten**

*Das Centrum für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung (abgekürzt CHE) ist eine Lobbygruppe mit gesellschaftspolitischen Zielen.*

*Denn Hochschulen sind Institutionen, durch die ein wesentlicher Teil der Menschen einer Gesellschaft hindurchgehen und dabei von den dort vorhandenen Strukturen geprägt werden. Wenn es also einem Bündnis an Interessengruppen gelingt, die Hochschulen in ihrem Sinne zu verändern, verändert sie damit auch die Gesellschaft.*

*Worum geht es eigentlich? Es geht dem Bertelsmann-Konzern und dem von ihm ins Leben gerufenen CHE darum, die Entstehung eines Bildungsmarktes in die Wege zu leiten, auf dem dann Universitäten als Bildungskonzerne agieren können. Die betriebswirtschaftliche Reorganisation der bis dahin staatlich verwalteten Universitäten soll also Universitäten in Bildungskonzerne verwandeln, die dann auf einem internationalen Markt in Konkurrenz zueinander treten, was zwangsläufig zu Konzentrationsprozessen, Fusionen und der Expansion der im Wettstreit besonders erfolgreichen Bildungskonzerne führt. Am Ende dieser Entwicklung wären Konzentrationsprozesse denkbar, die einen ähnlich hohen Grad erreichen könnten, wie jene, die in dem vor 20 Jahren privatisierten Fernsehmarkt vonstatten gegangen sind.*

*Diese eigentliche Absicht, die hinter dem Engagement der Bertelsmann-Stiftung steht, die Universitäten nach Kriterien der Unternehmensführung neu zu organisieren, wird in den öffentlichen Verlautbarungen der Stiftung nie erwähnt. Dennoch gewinnt die gesamte Argumentation – alle Einzelmaßnahmen für die sich das CHE öffentlichkeitswirksam eingesetzt hat – einen höhe-*

*ren Grad an Kohärenz, wenn man die Gründung und Entstehung eines Bildungsmarktes im internationalen Maßstab als das eigentliche Ziel und ausgesparte Zentrum in den Argumentationen des CHE annimmt. Damit fügen sich die hochschulpolitischen Vorstellungen der Bertelsmann-Stiftung in die wirtschaftspolitischen Interessen all jener Akteure ein, die im Zuge des GATS-Abkommens den Handel nicht nur für materielle Güter, sondern darüber hinaus auch für Dienstleistungen liberalisieren wollen. Der Staat soll vor allem deshalb aus der direkten Verantwortung für die Universitäten entlassen werden, damit international agierender Dienstleistungskonzerne befreit vom staatlichen Zugriff sich den Bildungsmarkt als zukünftige Wachstumsbranche nach kommerziellen Gesichtspunkten erschließen können. (Hauke Ritz, Über die gesellschaftspolitischen Ziele der Bertelsmann-Stiftung in: <http://www.rewi.hu-berlin.de/AKJ/zeitung/annex/annex1/page2.htm>)*

---

Es ist nicht einzusehen, wie dieses unbedingte Mehr seriöserweise die Qualität der Dienstleistung, der Beschäftigung und der Investitionen in die Infrastruktur verbessern soll. Und zwar langfristig.

Privatisierung von Dienstleistung bedeutet also zuallererst die Alimentierung von Anteilseignern an Konzernen, deren einzige Leistung bei diesem Geschäft es ist, dass sie einen Eigentums-Rechtsanspruch auf Gewinnbeteiligung haben. Das haben die Nutzer der Dienstleistung zu bezahlen.

Weiter: Privatisierung führt oft dazu, dass öffentliche durch private Monopole ersetzt werden. Der Kern des Problems besteht darin, dass für das Verhalten privater Unternehmen nicht das öffentliche Interesse, sondern der einzelwirtschaftliche Gewinn entscheidend ist. Dies veranlasst sie immer wieder dazu, durch drastische Kostensenkungen Arbeitsplätze zu vernichten, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern sowie die Qualität und Sicherheit der Versorgung zu vernachlässigen und zu versuchen, Marktanteile vor allem durch Werbung zu erobern. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass es außerordentlich schwierig ist, durch politische Kontrolle dafür zu sorgen, dass private Unternehmen Standards des öffentlichen Interesses einhalten.

Privatisierung heißt unmittelbare Enteignung der Bürger, denen von ihnen bezahlte Güter und Produktionsmittel entzogen werden. Für die Kommunen bedeutet sie mittel- und langfristig Verstärkung der öffentlichen Armut.

## Folgen

„Privatisierung macht Sinn, weil das die Dienstleistung dem Markt öffnet, es entsteht Wettbewerb, anstatt Monopole.“

Die Konstruktion der öffentlichen Wirtschaft als Gesamtaufgabe ermöglicht den legitimen und betriebswirtschaftlich erforderlichen Ausgleich von Verlusten zwischen einzelnen Sparten.

Diese Möglichkeit wird mit zunehmenden Privatisierungen immer geringer, weil nur die gewinnbringenden Betriebe privatisiert werden, während verlustreiche in öffentlicher Hand bleiben.

---

## Beispiel: Die Bahn

Laut einer repräsentativen Umfrage vom Juli 2007 sind weiterhin zwei Drittel der Bevölkerung gegen die Privatisierung der Bahn. Hier der Text einer Unterschriftenliste:

*"Ich fordere die Mitglieder des Bundestages auf, jede Form der Bahn-Privatisierung abzulehnen und sich stattdessen für eine gute Bahn in öffentlicher Hand einzusetzen.*

*Eine Privatisierung der Bahn, ob mit oder ohne Schienennetz, ist in meinen Augen völlig ungeeignet, einen bürgernahen und verlässlichen Bahnverkehr zu vernünftigen Preisen zu gewährleisten. Die Bahn ist ein Hebel zur klimafreundlichen Verkehrspolitik, den die öffentliche Hand nicht abgeben darf.*

*Die Folgen der Bahn-Privatisierung sehen wir anderswo, beispielsweise in Großbritannien und Argentinien: zahllose Streckenstilllegungen, explodierende Preise, Massenentlassungen und Fahrplanchaos. Mobilität ist ein Grundbedürfnis und darf nicht von Renditejägern ausgeschlachtet werden. Denn es geht auch anders: Die Schweiz bietet das beste Beispiel für eine gut funktionierende und bürgernahe Bahn in öffentlicher Hand."*

---

## Was geschieht bei Marktöffnung

Öffentliche Unternehmen sind aus Sicht der angestammten Ordnungspolitik gerade heute sinnvoll, weil sie sektoral die immer weiter wachsende Marktmacht von Großkonzernen einschränken.

Privatisierungen in Monopolgebieten öffentlicher Wirtschaft sind lediglich Monopolverschiebungen, in der Regel zugunsten bereits sektoral und/oder regional marktbeherrschender Konzerne. Sie schaffen auch keinen Wettbewerb zwischen lokalen Versorgungsgebieten, weil diese sich nicht ins Gehege kommen wollen.

Abgesehen davon schätzen Großkonzerne öffentliche Unternehmen und ganze Stadtwerke und kaufen sich in sie ein. Vor allem ihre Infrastrukturdienste sind krisensicher, profitabel zu gestalten und erfordern oft nur geringe Kapitaleinsätze. Hauptziele sind deshalb derzeit, auch in der Masse, kommunale Betriebe, zumal der Ausverkauf auf Bundesebene bereits relativ weit fortgeschritten ist.

## Gesamteinschätzung

Bei der vorherrschenden "Privatisierung" geht es gar nicht darum, dass Bürger unabhängig vom Staat für sich selbst sorgen, sich selbständig zusammmentun. "Privatisierung" bedeutet in der Praxis die einseitige Machtübernahme großer Konzerne und Investoren.

---

*Im Kern sind diese Privatisierungen eine Enteignung des Gemeinwesens, eine massive Einschränkung der Demokratie und der ArbeitnehmerInnenrechte sowie eine Aushebelung solidarischer Systeme zugunsten privater Profite.*

(<http://www.attac.de/privatisierung/>)

---

Die Privatisierung führt genau zum Gegenteil von dem, was sie verspricht:

- nicht zu mehr Wettbewerb sondern zu Monopolen,
- die Kommunen werden nicht entlastet, sondern belastet,
- die Preise werden nicht niedriger, sondern steigen,
- es entstehen keine neuen Arbeitsplätze, sondern es werden Stellen abgebaut,
- die Infrastruktur funktioniert nicht besser, sondern schlechter,
- der Konsument wird nicht zu seinem Vorteil, sondern zu seinem Nachteil bedient und die - Umwelt wird nicht mehr geschont, sondern mehr in Mitleidenschaft gezogen.

## Warum so plötzlich der Drang zu Privatisierungen? Der Kontext

Viele Märkte sind mit Gütern gesättigt – hier lässt sich nicht mehr viel verdienen. Die staatlich subventionierte und staatlich mitorganisierte Privatisierung wird so zu einer der profitabelsten Kapitalverwertungen überhaupt. Die meisten Privatisierungsverträge laufen - wie z.B. bei Cross Border-Leasing - zwischen 20 und 30 Jahren. Soviel langfristige Sicherheit der Kapital-

verwertung gibt es sonst nirgends im entfesselten und krisenanfälligen Kapitalismus.

Der Begleitakkord dazu, sozusagen die offizielle Sichtweise der Dinge, besteht darin, „dass die politische Rhetorik dieser Tage die ganze Gesellschaft wie ein Wirtschaftsunternehmen behandelt – als ob alle Probleme durch Unternehmensberatung kuriert werden könnten. Eben diese Einfachheit der Perspektive lässt sich gegenwärtig beobachten: Längst ist damit begonnen worden, die dem Mega-Unternehmen Gesellschaft noch nicht eingemeindeten Sinnprovinzen zu Unternehmen mit mangelnder Effizienz zu erklären. Kunst, Politik, Wissenschaft, Erziehung, Recht, Religion, Massenmedien, Sport und Gesundheit – sie alle werden in ein Szenario der Wirtschaftlichkeit eingeordnet und ökonomisch (das heißt: nach dem Bilde des Unternehmens und nicht nach ihrer Eigenökonomie) beobachtet“. (aus „Der Gott Kapital“ S. 197)

Deshalb lassen sich die Bereiche der Daseinsvorsorge, so leicht und wie selbstverständlich auf die privatwirtschaftliche Markt- und Warenökonomie verschieben und dort verwerten.

### Alternativen

**Es gibt eine „ungeliebte“ Privatisierung – warum das?**

Wenn man sich auf die Alternative "staatlich oder privat" einlässt, sitzt man in der Falle. Es ist schlichtweg die falsche, weil nur vordergründige Alternative. Das „hintergründige“ Gegensatzpaar, um das es immer geht, heißt „Zweckbestimmung Gewinn“ oder „Zweckerfüllung Bedarfsdeckung“.

Eine Denkschablone, die dabei überwunden werden muss, ist die Gleichsetzung ‚öffentlich = staatlich. Diese ist für die heutige Zeit längst nicht mehr zwingend. Es gibt viele Organisationen der Zivilgesellschaft, die selbstverwaltet und selbstbestimmt arbeiten – man spricht hier von freier Trägerschaft - aber zugleich öffentliche Aufgaben wahrnehmen

und daher auch zu Recht ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden. Solche Organisationen sind für das Funktionieren des öffentlichen Sektors in vielen Bereichen ganz und gar unentbehrlich. Es entspricht geradezu dem Geist eines Zeitalters der Individualisierung und Pluralisierung, das Initiativlösungen dort, wo Menschen dies wollen, an die Stelle von Staatslösungen treten können. Zwischen der Scheinalternative ‚staatlich‘ oder ‚privat‘ gibt es ein Drittes. Dieser dritte Weg führt nicht zur ‚Deregulierung‘, sondern zur unbürokratischen Regelung von Proble-

men durch vielfältige Aufgabengemeinschaften und Selbstverwaltungsnetzwerke.

Genossenschaften z.B., die die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung gemeinschaftlich regeln, gibt es zu Dutzenden in

---

### Noch einmal: Die Bahn

„‘Aus der Eisenbahn wird ein Global Player ‘, sagt die Bahn-AG in einer Werbebroschüre und verweist stolz auf die ‘weltweite Präsenz ‘ mit 1.500 Standorten in 150 Ländern ‘in den Bereichen Mobility, Networks und Logistics‘. Die Verwandlung der öffentlichen Infrastruktur in ein globalisiertes Marktunternehmen geht zwangsläufig damit einher, dass ‘unrentable ‘ Strecken stillgelegt werden und sich die Tarifpolitik auf Niedriglöhne ausrichtet. Nicht umsonst verweist Mehdorn auf die noch schlechtere Bezahlung und die noch grässlicheren Arbeitsbedingungen bei der privaten Konkurrenz. Die neoliberalen Hardliner laufen Sturm gegen die ‘Eisenbahnromantiker‘, die mit dem ‘Gerede von Infrastrukturauftrag und Daseinsvorsorge‘ den neuen Börsenkandidaten ‘wie eine Pony-Bahn im Bauernhofmuseum‘ (Wirtschaftswoche) behandeln wollten. Ein ähnliches Bild bietet sich bei der Post. Hier wird der gerade erst ausgehandelte, gestaffelte Mindestlohn von 8,00 bis 9,80 Euro für Briefzusteller schon wieder in Frage gestellt.... Und auch im Kliniksektor rumort es wieder: Die angestellten Ärzte beklagen, dass die jüngsten Tarifverträge in der Praxis keine Verbesserung gebracht hätten... Bald könnten auch die ‘Postromantiker‘ und die ‘Arztromantiker‘ zur Zielscheibe für die ‘Privatisierungsromantiker‘ werden.

Die Denunziation gewiss vorhandener berufsständischer Interessen verschleiert, dass diese eine letzte Barriere gegen die totale Ökonomisierung der ehemaligen ‘Daseinsvorsorge ‘ bilden, weil die großen Gewerkschaften gegenüber der Privatisierungspolitik versagt haben. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass die betriebswirtschaftlichen Kostensenkungs-Imperative bei den ‘entgesellschafteten‘ Infrastrukturen in der Kombination von Hochpreis- und Niedriglohnpolitik die Qualität straucheln lassen. Fehlt nur noch, dass die Skandalisierung dieses Trends als ‘Qualitätsromantik ‘ angeprangert wird“.

(Robert Kurz, ‘Wer traut sich was? Lokführer im Kampf ‘, in: ‘Freitag ‘ Nr. 40, 5. Okt. 2007).

---

Deutschland. Sie sind „privat“, funktionieren technisch und finanziell, sind nicht verschuldet, leben vom Engagement der Bürger, der Genos-

sen. Merkwürdig: Obwohl sie "privat" sind, werden sie von Behörden, Banken und Mehrheitsparteien nicht geliebt, teilweise heftig bekämpft. Das weist darauf hin, dass es bei der Ideologie der Privatisierung nicht um die Verbesserung der Versorgung, sondern rein um die Eroberung neuer Felder der Kapitalverwertung durch bestehende Kapitalgruppen geht.

**Welche anderen Möglichkeiten gibt es?**

Nicht die Rechtsform ist entscheidend für öffentliche Aufgaben, sondern ihre zuverlässige, wirtschaftliche, wirksame, bürgernahe und bürgerfreundliche Erledigung sowie die demokratische Kontrolle. Staatliches Handeln ist kein Selbstzweck, sondern soll Bürgerinnen und Bürgern wie auch Unternehmen jene Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge zur Verfügung stellen, die am Markt gar nicht oder nicht ausreichend, zu schlecht oder zu teuer angeboten werden.

Es gibt z.B. ein "Menschenrecht auf gesundes Wasser", und zwar in ausreichender Menge. Dies gilt es zu gewährleisten. Obwohl Menschenrecht, bleibt Wasser aber auch „Bewirtschaftungsgut“ – bloß mit unterschiedlicher Zielsetzung. Wir sehen hier wieder: Bedarfsdeckung gegen Gewinnerbringung. Bedarfsdeckung an Wasser hat Menschenrechtsstatus, Gewinne zu machen hat das nicht, auch wenn Ideologen der Gegenwart es faktisch behaupten und staatliches Handeln daraufhin ausrichten wollen.

Materielle Alternativen für Privatisierungen bieten sich auf lokaler Ebene durch (Bürger-)Fonds für Kapitalbeschaffungen für Investitionen in öffentliche Einrichtungen und damit verbundene Möglichkeiten des Schuldenabbaus. Durch Satzungen können im Rahmen dieser Fonds und ihrer Anwendungen erweiterte Mitwirkungsmöglichkeit entstehen.

Kritik und gesellschaftliche Gegenbewegung haben sich auf allen Ebenen zu entfalten.

Die für die allgemeine Lebenswirklichkeit entscheidenden Prozesse laufen mehrheitlich in den Kommunen ab. Sie sind Ort kollektiver Enteignung und erobertes Neuland zugleich, je nach Perspektive. Diese Prozesse müssen für die Bürger erfahrbar und verstehbar gemacht und zum Gegenstand von Identifikation gemacht werden.

Die Menschen müssen ihre Kommune in ihrer Gesamtheit als verantwortlich handelnde Körperschaft und als Gegenstand ihrer eigenen politischen Betroffenheit begreifen. Es gilt, die Bürger wieder in ihre Rolle als mitverantwortliche und mithandelnde Subjekte einzusetzen und ihr Recht auf lebenswerte, zukunftsfähige Gemeinden in einer lebenswerten Gesellschaft einzufordern. Insoweit geht es auch um die Wiederentdeckung des Politischen.

---

**Initiative zu einem Volksbegehren in Berlin als einem ersten Schritt zu einer Rekommunalisierung der Wasserbetriebe**

*Bilanz zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe!*

- *Wir zahlen im bundesdeutschen Vergleich in Berlin mit die höchsten Wasserpreise!*
- *Über 2000 Arbeitsplätze sind abgebaut worden, weiterer Personalabbau ist geplant!*
- *Die Instandsetzungskosten sind seit der Teilprivatisierung massiv gesenkt worden - mit der Folge, dass kleinere Zulieferbetriebe keine Aufträge mehr erhalten und wir uns um die Zukunft unseres Wassernetzes ernsthaft Sorgen machen müssen!*

• *Das verschuldete Land Berlin verzichtet auf Einnahmen - zugunsten der Privaten! Ergebnis: Die Verschuldung Berlins wächst weiter!*

*Insgesamt: eine traurige Bilanz! Allerhöchste Zeit für einen Schlussstrich!*

*Grundlage für das Dilemma ist ein geheimer Vertrag zwischen dem Land Berlin und den Konzernen RWE und Veolia. In diesem Vertrag wird den Konzernen jedes Jahr ein unverschämt hoher Gewinn garantiert – notfalls sogar aus dem verschuldeten Haushalt. Bereits jetzt verzichtet der Senat auf einen Teil seiner Einnahmen zugunsten von RWE und Veolia!*

([http://www.unverkaeuflich.org/fileadmin/dokumente/Volksbegehren/Volksbegehren\\_Offenlegung\\_Berliner\\_Wasserwirtschaft\\_Infoblatt.pdf](http://www.unverkaeuflich.org/fileadmin/dokumente/Volksbegehren/Volksbegehren_Offenlegung_Berliner_Wasserwirtschaft_Infoblatt.pdf))

---

## 5. Der Mythos von der Explosion der Gesundheitskosten

*„Die Kosten im Gesundheitswesen explodieren“*

Zunächst einmal: Die Entwicklung der Kosten bei der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird an der Steigerung der Beitragssätze gemessen. Und die sind in den letzten Jahrzehnten tatsächlich stark gestiegen: 1970 lagen sie bei 8,2 %, 1980 bei 11,4 % und heute bei ca. 14 %. Der Beitragssatz sagt aber zunächst nur etwas über das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben. Wenn er steigt, können die Einnahmen gesunken oder die Kosten gestiegen sein.

Wenn man auf die Kosten selbst schaut - sie sind in den letzten 20 Jahren tatsächlich erheblich gestiegen. Aber das sagt nichts über eine größere Belastung der Gesellschaft aus. Sinnvoll ist zu fragen, wie viel Prozent des Bruttoinlandprodukts für die GKV ausgegeben werden. Und da sieht man, dass die Kosten sich in etwa so entwickelt haben wie der Anstieg des BIP.

Es gibt also keine Kostenexplosion im Gesundheitswesen.

Das Problem der GKV sind vielmehr die langfristig zurückgehenden Einnahmen. Das hat zwei Gründe:

1. die steigende Massenarbeitslosigkeit: Wenn weniger Menschen in Lohnverhältnissen stehen, hat das Versicherungssystem, das auf einkommensabhängigen Beiträgen beruht, ein großes Problem,
2. die seit langem sinkenden Löhne: Dadurch wird weniger in die GKV eingezahlt. Generell geht seit Anfang der 80er Jahre der Anteil der Löhne am gesamten Volkseinkommen zurück und der Anteil der Gewinne steigt. Versicherungsbeiträge werden aber nur von den Löhnen bezahlt. Leute in Mini-Jobs zahlen meistens gar nicht in die GKV ein. Wären seit den 80er Jahren Beschäftigung und Lohnquote gleich geblieben, hätten sich die Beiträge nicht erhöht.

Die Kosten für die gesamte medizinische Versorgung, also nicht nur die GKV, sondern auch für private Aufwendungen, sind in allen westlichen Ländern (als Anteil am BIP) im Lauf der Jahrzehnte leicht angestiegen. Das liegt daran, dass der Bereich der Gesundheit, wo es (immer noch) auch auf Gespräche und persönliche Betreuung ankommt, sich nicht so stark rationalisieren lässt wie andere Bereiche. Mit einem wirtschaftlicheren Einsatz von Geräten, Medikamenten usw. könnte man diesen (undramatischen) Anstieg durchaus verhindern (siehe dazu auch die nächsten Punkte).

*„Haben wir nicht zu hohe Ansprüche?“*

Wer entscheidet in der Regel über die Art und Weise der Behandlung? Das sind nicht die Patienten, sondern die Kliniken und Ärzte. Die Steuerung des Angebots von Gesundheitsleistungen ist „angebotsorientiert“ und kaum von der „Nachfrage“ der Patienten abhängig. Das gilt insbesondere für die 5 % chronisch Kranken, auf die ca. 60 % aller Kosten entfallen. Dass wir in einem der reichsten Länder der Erde hohe Ansprüche an das Gesundheitssystem haben, ist im Übrigen doch berechtigt. Das ändert nichts daran, dass die Patienten auf die erbrachten Leistungen praktisch keinen Einfluss haben.

*Aber der medizinisch-technische Fortschritt verursacht doch ständig steigende Kosten?*

Der medizinisch-technische Fortschritt kann die Kosten in die Höhe treiben, muss es aber nicht. Er kann in bestimmten Fällen auch Kosten sparen. Wie er wirkt, hängt davon ab, in welchem wirtschaftlichen Zusammenhang er eingesetzt wird. Und dieser ist in Deutschland eher kostentreibend: In der Medizintechnik und -chemie bestimmen wenige Hersteller, wann ihre Medikamente, Geräte und Verfahren veraltet sind: nämlich dann, wenn sie selbst neue anbieten, auch wenn der therapeutische Nutzen der neuen Geräte minimal oder nicht nachweisbar ist. Diese Dynamik ist mehr eine des Geldverdienens als eine des medizinisch-technischen Fortschritts.

Zum anderen ist das deutsche Gesundheitswesen vom doppelten Aufbau medizinisch-technischer Kapazitäten geprägt. Oft gibt es in vielen Krankenhäusern und Arztpraxen dieselben Ausrüstungen, die alle natürlich optimal auslasten wollen. Das führt zu überflüssigen Mehrausgaben.

Medizinischer Fortschritt kann aber auch Kosten sparen: Herzoperationen, die früher große Öffnungen im Brustkorb erforderten, können heute unter minimalen Verletzungen des Körpers mittels Kathetern durchgeführt werden. Viele Operationen können heute ambulant statt stationär durchgeführt werden. Das spart erhebliche Kosten.

*Wenn wir aber alle immer älter werden, müssen doch die Gesundheitsausgaben deutlich steigen?*

Mit dem Alter steigt zwar die Anzahl der Krankheiten, es steigen aber nicht die Kosten. Das zeigen verschiedene Studien, z. B. die von Scitovsky 1989 und aktuell von Yang, Norton und Stearns von 2003. Sie werteten Daten von 26.000

Männern und Frauen zwischen 65 und 100 aus. Ihre Ergebnisse sind, dass ab dem 80. Lebensjahr nicht die Arzneien, Ärzte und Klinikaufenthalte der größte Posten waren, sondern die Kosten für die Pflege in Heimen. Während die Pflegekosten mit dem Alter kontinuierlich stiegen, blieben die Ausgaben für die medizinische Versorgung bis etwa ein Jahr vor dem Tod relativ niedrig und konstant. Erst zum Lebensende hin begannen sie leicht zu steigen, vier Monate vor dem Tod schnellten sie auf das Zehnfache des langfristigen Durchschnitts hoch. Die letzten Monate vor dem Tod sind teuer – für alle. Nach den Berechnungen der Forscher kostet die Behandlung im letzten Lebensmonat eines Über-85-jährigen fast ein Drittel weniger als die eines sterbenden 65- bis 70-Jährigen. Wenn man so will, wird der Tod mit dem Alter billiger. Die Bremer Sozialwissenschaftlerin Hilke Brockmann hat festgestellt, dass die Kassen für Patienten, die älter als 90 sind, nur halb so viel ausgegeben haben wie für die 65- bis 70-Jährigen. Das kann an Rationierungen liegen, daran, dass Ärzte zum Beispiel sagen: „Das lohnt sich nicht mehr“, aber auch daran, dass viele alte Patienten bestimmte Behandlungen selbst nicht mehr wollen. Außerdem sind die älteren Menschen heute in fortgeschrittenem Alter viel fitter als früher, was an besseren Arbeitsbedingungen in ihrem Leben und auch an besserer gesundheitlicher Bildung und einem größeren Gesundheitsbewusstsein liegt. Experten schätzen die demographiebedingten Steigerungen der Ausgaben im Gesundheitswesen deutlich unter 1% jährlich. Wir haben also die Möglichkeit, (im Schnitt) mehr Jahre unseres Lebens gesund zu genießen.

*„Feiern nicht zu viele Leute krank, besonders montags?“*

Die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage, die einen guten Gradmesser darstellt, ist seit Jahren nicht gestiegen, sie ist vielmehr seit 1990 von 25 Tagen im Jahr pro Arbeitnehmer auf 13 zurückgegangen. Die einzig plausible Erklärung für diese dramatische Entwicklung ist, dass viele Menschen zur Arbeit gehen, obwohl sie krank sind. Das sorgt auf Dauer für höhere Behandlungskosten (aufgrund verschleppter Krankheiten). Der Vergleich mit Krankenständen anderer Länder ist wenig hilfreich: Man müsste die Bedingungen der Arbeit, Arbeitsorganisation und Umweltfaktoren berücksichtigen. Für die deutsche Arbeitswelt sind intensiverte und stark verdichtete Arbeitsprozesse typisch. Das führt im internationalen Vergleich zu einer sehr hohen Produktivität und günstigen Lohnstückkosten – und zu einem höheren Risiko, krank zu werden.

Montags erfolgen nach einer AOK-Studie 33 % aller Krankschreibungen. Das liegt daran, dass es am Wochenende meist keine Möglichkeit gibt, sich krank schreiben zu lassen. D.h. die montägliche Krankschreibung schließt das Wochenende mit ein. Teilt man die 33 % durch realistische 2 ½, käme man auf ca. 13 %. Dieser Wert liegt vom niedrigsten Wert – 10 % für den Freitag – nicht weit weg.

*„Machen die Deutschen nicht viel Arzt-Hopping?“*

Dafür gibt es keine Belege. Das Zentralinstitut für kassenärztliche Versorgung hatte 1995 kurz nach Einführung der Chipkarte keinen Missbrauch damit festgestellt. Überhaupt wussten nur 7 % der Ärzte überhaupt von Missbrauchsfällen zu berichten. Die genannten Einzelfälle hätten eine Betrugsquote von 0,014% ergeben. Für die allermeisten Menschen dürften ständige Arztbesuche auch kein Bedürfnis sein.

*„Gefährden die hohen Lohnnebenkosten nicht den Wettbewerbsstandort Deutschland?“*

Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen hängen von vielen Faktoren ab, von denen die Lohnkosten nur einer sind. In der verarbeitenden Industrie beträgt der Lohnkostenanteil an den Gesamtkosten nur ein Viertel. Weitere wichtige Faktoren sind die Wechselkurse, die Qualität des Produkts, die Zuverlässigkeit von Lieferung und Wartung, das Angebot usw. (zu Lohnnebenkosten siehe darüber hinaus vorne den Beitrag 1).

Im verarbeitenden Gewerbe belastet die Krankenversicherung die Unternehmen mit ca. 4%, die Arbeitskosten betragen etwa 27% der Gesamtkosten. Der GKV-Anteil an den Gesamtkosten beträgt also ca. 1,1%. Selbst wenn sich der Beitragssatz der GKV um 10% erhöhte, stiege die Kostenbelastung der Unternehmer damit um 0,1%. Umgerechnet würde sich der Preis eines Gutes z.B. von 1.000 Euro auf 1.001 Euro erhöhen.

Dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ausgesprochen gut ist, kann man auch am ständig wachsenden Exportüberschuss sehen.

*„Sind Zuzahlungen nicht ein probates Mittel der Kostensenkung?“*

Zuzahlungen sollen die Krankenkassen entlasten und die Beiträge senken helfen. In Deutschland beziffert der Sachverständigenrat für die Konzertierte Entwicklung im Gesundheitswesen die jährlichen Mehreinnahmen auf neun bis zehn Milliarden Euro. Ob es dazu kommt, ist zweifelhaft. Die Zahl der Arztbesuche ging 2004 um 8,7% zurück, die Ausgaben für Arzneimittel um

11%. Die Erfahrungen aus anderen Ländern, die schon länger mit Zuzahlungen arbeiten (Australien, Dänemark, Frankreich, USA, Kanada, Großbritannien u.a.), sind ernüchternd. Weder gab es nennenswerte Einnahmen noch eine rationalere Nutzung des Gesundheitssystems. Die Verwaltungskosten fressen i.d.R. bereits 40-60% der zusätzlichen Einnahmen wieder auf.

Selbstbeteiligungen halten insbesondere ärmere und ältere Personen vom Arztbesuch ab. In der kanadischen Provinz Quebec sank nach Einführung von Zuzahlungen 1996 die Einnahme essenzieller Arzneimittel bei älteren Menschen um 9,16% und bei Sozialhilfeempfängern um 14,42%. Dagegen erhöhte sich die Zahl notärztlicher Akutbehandlungen aufgrund ausbleibender Versorgung mit notwendigen Medikamenten bei älteren Menschen von 8,5 auf 19,9 pro 10000 Personen-Monaten, bei Sozialhilfeempfängern von 69,6 auf 123,8. Die Steigerung des Eigenanteils bei Psychopharmaka führte zur deutlich gesteigerten Inanspruchnahme akuter psychiatrischer Versorgungseinrichtungen.

Außerdem tendierten Ärzte dazu, wenn weniger Patienten in die Praxis kommen, die Einbußen durch mehr Leistungen bei anderen Patienten oder durch neue Angebote zu kompensieren. Das machte die erhofften Einspareffekte zunichte.

Zuzahlungen treffen also hauptsächlich die ärmeren Schichten. Diese haben bereits ein überdurchschnittliches Krankheitsrisiko und niedrigere individuelle Möglichkeiten, darauf einzuwirken (durch Arbeitsbedingungen, niedrigeren Bildungsgrad, schlechtere Ernährung, weniger Erholungsmöglichkeiten, schlechtere Wohnungsqualität usw.) Außerdem zahlen sie dadurch, dass ihr Gesundheitszustand durchschnittlich schlechter ist, prozentual stärker zu als andere. Verschärft wird das Problem, weil geringere Einkommen durch Zuzahlungen bei festen Zuzahlungsbeträgen prinzipiell stärker getroffen werden. Zuzah-

lungen sind also in höchstem Maße ungerecht und unsozial.

*„Warum wird diese Kostendiskussion überhaupt geführt?“*

Die „explodierenden“ Kosten werden als Sachzwänge dargestellt (niemand kann verhindern, dass wir älter werden) oder als zu großes Anspruchsdenken der Versicherten abqualifiziert. Tatsächlich liegen die Probleme, sofern sie überhaupt existieren, in den Strukturen des Gesundheitssystems begründet, das von den Interessen großer Medizinunternehmen, der Kassen, Teilen der Ärzteschaft u.a. dominiert wird. Die herrschende Politik hat darüber hinaus gute Gründe, diese Diskussion zu führen: Falls die Massenarbeitslosigkeit anhält und die Lohnquote weiter fällt, und letzteres ist ja Konsequenz der Wirtschaftspolitik (fast) aller Parteien, werden auch bei konstanten und sogar sinkenden Ausgaben die Beitragssätze steigen. Mit Arbeitslosigkeit, sinkenden Löhnen und ansteigender Verarmung wird der Bedarf an Versorgungsleistungen eher steigen als fallen. Das Solidarprinzip der GKV wird man nur aufrechterhalten können, wenn die hohen (und wachsenden) Einkommen erheblich stärker in die Finanzierung mit einbezogen werden. Ob es dazu kommt, liegt an den sozialen Kräfteverhältnissen. Keine der etablierten Parteien will an Zuzahlungen und Leistungskürzungen rütteln, die besonders die ärmeren Bevölkerungsteile treffen. Deshalb wird mit dem Kostenargument vermittelt, wir müssten aufgrund natürlicher Gegebenheiten und Sachzwängen eine schlechtere Gesundheit in Kauf nehmen und wir hätten ohnehin zu hohe Ansprüche. Dagegen wären Forderungen nach effizienteren Gesundheitsstrukturen und insbesondere nach einer gerechteren Finanzierung bei Beibehaltung des Solidarprinzips zu stellen. Leisten kann sich das reiche Land BRD das allemal. (siehe auch den Mythos von den leeren Staatskassen).

## 6. Der Mythos vom demographischen Wandel

*„Die demographische Entwicklung ist für die Gesellschaft katastrophal und führt zum Zusammenbruch der sozialen Systeme, besonders des Rentensystems!“*

*„Wir wissen doch, dass die Gesellschaft vergreist, wir immer älter werden und es immer weniger Kinder gibt. Die Gesellschaft überaltert, die Alten leben auf Kosten der Jungen - das muss doch in einer Katastrophe enden!“*

Zunächst mal: Die Demographie als Bevölkerungswissenschaft kann nur Prognosen abgeben, die ausgesprochen unsicher sind. Relativ sicher lässt sich nur für 10-20 Jahre etwas vorhersagen, alles andere ist, so der Demographieforscher Gerd Bosbach, "moderne Kaffeesatzleserei". Die Prognosen von 1950 für 2000 lagen ziemlich daneben, weil man die veränderte Stellung der Frauen in der Gesellschaft, die neuen Verhütungsmethoden ("Pillenknicke") oder auch den Zusammenbruch des Ostblocks und die Wiedervereinigung nicht vorhersehen konnte. Was von der Politik als sicher für 2050 etwa angesehen wird, ist de facto sehr unsicher. In den nächsten 50 Jahren wird es sehr wahrscheinlich zu massiven Veränderungen durch das Ende des Ölzeitalters kommen, weltweite Finanzkrisen sind nicht ausgeschlossen. Möglicherweise ändert sich in Deutschland aber auch die Einstellung zu Kindern oder die Kinderbetreuung wird stark ausgebaut (zu den Zahlen und Fakten hierzu siehe den nächsten Abschnitt) Die zunehmende Armut weltweit kann zu verstärktem Zuwanderungsdruck führen. All dieses kann die entscheidenden Faktoren für die demographische Entwicklung - Geburtenrate, Lebenserwartung, das Ergebnis von Zu- und Abwanderung - erheblich beeinflussen. Alle diese Prozesse sind im übrigen nicht "natürliche" Entwicklungen, sondern politisch steuerbar.

*„ Gut, dann ist die Überalterung der deutschen Gesellschaft vielleicht nicht sicher, aber doch ziemlich wahrscheinlich?“*

Ja, für die nächsten Jahrzehnte sind einige Trends sehr wahrscheinlich. Die Geburtenrate ist in Deutschland kontinuierlich gesunken und bewegt sich seit 1980 um 1,4 Kinder pro Frau (2001 z.B. 1,35) Ohne Änderungen in der Politik wird sich diese Zahl kaum verändern.

Die durchschnittliche Lebenserwartung wird sehr wahrscheinlich weiter ansteigen, 2035 könnte sie bei 82,7 Jahren (Männer) und 87,1 (Frauen) liegen (vgl. Schaubild 1).

Die Zuwanderungsrate, so schätzen Forscher, wird bei etwa 100.000 bis 200.000 Menschen, die mehr nach Deutschland zu- als abwandern, pro Jahr liegen.

Das Statistische Bundesamt schätzt, dass die Einwohnerzahl in Deutschland bis 2050 zwischen 68,7 und 74 Millionen liegen wird. Davon wird ein steigender Anteil über 60 Jahre alt sein (siehe Schaubild 2).

Kurz etwas zu den Gründen der niedrigen Geburtenrate in Deutschland: Tatsächlich wünschen sich Frauen in Deutschland 1,8 Kinder im Schnitt. Die Anzahl von Frauen in Deutschland, die überhaupt keine Kinder bekommen, ist weltweit Spitze (siehe Schaubild 3). Der wichtigste Grund dafür ist gerade im Vergleich mit z.B. den skandinavischen Ländern und Frankreich, die deutlich höhere Geburtenraten aufweisen, die geringe Dichte der Kinderbetreuung in Deutschland, besonders für Kinder unter 3 Jahren (siehe Schaubild 4). Die Betreuung für Kinder ab 3 Jahren ist i.d.R. nur eine Betreuung bis mittags. Wie immer man dies bewerten will: Der Hauptgrund für die gesunkene Geburtenrate in Deutschland ist die Gewissheit für die meisten Frauen, dass sie mit Kindern keiner regulären bzw. ihrer Ausbildung angemessenen Beschäftigung nachgehen können.

*„Aber die vielen Alten bei wenigen Kindern sind doch wirtschaftlich eine enorme Belastung für die Gesellschaft!“*

Diese Belastung wird mit Hilfe des sogenannten "Lastenquotienten" bzw. "Altenquotienten" dargestellt. Dieser berechnet, wie viele über 60jährige auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 59 fallen, der Jugendquotient, wie viele noch nicht arbeitende Menschen bis 20 Jahren auf 100 Erwerbsfähige kommen. Der Gesamtquotient ist die Summe von Alten- und Jugendquotient. Schaubild 5 zeigt die (deshalb mit Vorsicht zu genießende) Entwicklung bis 2050: Einem sinkenden Jugendquotienten steht ein deutlich steigender Altenquotient gegenüber. Allerdings ist das Gesamtszenario weniger dramatisch, wenn man die Gesamtquotienten von 1970 und 2050 vergleicht. In vielen politisch motivierten Beiträgen wird deshalb der Altenquotient ohne den Jugendquotienten thematisiert und dramatisiert.



„Ist diese Entwicklung nun eine starke ökonomische Belastung?“

Heute kommen auf einen Rentner 2,7 Erwerbstätige (vgl. z.B. Reuter 2004). 1960 waren es noch über 7. Bosbach stellt fest: "In den vergangenen hundert Jahren sind wir im Schnitt 30 Jahre älter geworden, aber die Gesellschaft nicht ärmer, sondern reicher. Bis 2050 sollen wir nach verschiedenen Schätzungen sechs bis neun Jahre älter werden. Und das soll jetzt plötzlich ein Problem sein?" (Bosbach 2007) Anfang des 20. Jahrhunderts lag die Kinderzahl pro Frau bei über 5, von 1970 bis heute ist sie von 2,0 auf ca. 1,4 zurückgegangen. Die dramatischen Entwicklungen liegen alle längst hinter uns, ohne dass das je ein Problem gewesen wäre. Wie ist dieser rätselhaft Befund zu erklären?

Norbert Reuter, früherer Chefvolkswirt von ver.di, argumentiert (vgl. im Folgenden Reuter 2004), dass die demographische Entwicklung volkswirtschaftlich kein Problem darstellt, wenn zum einen die Arbeitslosigkeit abgebaut würde (was nur bedingt wahrscheinlich ist); und zum anderen die Entwicklung der Produktivität berücksichtigt wird. Von 1960 bis heute hat sich nämlich das Bruttoinlandsprodukt, der Gradmesser für den gesellschaftlichen Reichtum, verdreifacht; dafür wird heute nur 80% der Arbeitszeit von damals gebraucht.

Reuter hat nun in drei Szenarien berechnet, wie sich das BIP pro Kopf, die entscheidende Größe, die aussagt, über welches Maß an Wohlstand ein Einwohner in Deutschland theoretisch verfügen könnte, entwickelt: Im ersten Szenario bleibt die Arbeitslosigkeit hoch und es gibt keine Produktivität; im zweiten bleibt die Arbeitslosigkeit hoch, aber die Produktivität steigt um 1,5 %; im dritten wird die Arbeitslosigkeit abgebaut und die Produktivität beträgt 1,5 %.

Am wahrscheinlichsten ist das mittlere Szenario. Die Schätzungen über die Entwicklung der Produktivität der Wirtschaft in der Zukunft schwanken bei Experten zwischen 1,5 und 1,8% (vgl. bei Reuter).

Das macht deutlich, dass der steigende gesellschaftliche Reichtum erhebliche Verteilungsspielräume eröffnet: pro Beschäftigtem wäre eine Steigerung der Löhne, so Reuter, pro Jahr um 1,2 % möglich. Davon könnten bei gleich bleibendem bzw. leicht steigendem Wohlstand für alle die Beiträge zur Rentenversicherung so erhöht werden, dass die Rentenversicherung die steigende Zahl der Rentner bei gleich bleibendem Niveau auffangen könnte.

In den letzten Jahrzehnten hat die Möglichkeit, den erarbeiteten Reichtum auf die Löhne umzuverlegen, allerdings an politischer Attraktivität verloren. Vielmehr sind die Reallöhne seit Jahren gesunken. Dies und die Massenarbeitslosigkeit sind die Hauptursachen für die Probleme der Rentenversicherung, nicht etwa das sogenannte demographische Problem, da die Beiträge ja an die Löhne gekoppelt sind.

„Das ist ja in der Tat erstaunlich. Das alles habe ich nicht gewusst. Wo ist der gesellschaftliche Reichtum der letzten Jahre dann aber geblieben?“

Eine Übersicht über die Entwicklung der privaten Vermögen zeigt, wo der Reichtum geblieben ist: Diese haben nämlich erheblich zugenommen. Wenn wir jetzt feststellen, dass sich unser eigenes Vermögen nicht verdoppelt hat, könnte das an der Verteilung des Vermögens(zuwachses) liegen: Gewonnen haben im Wesentlichen die oberen 10 % der Bevölkerung.

Das Geld, um die ökonomische Belastung durch die Alterung der Gesellschaft aufzufangen, ist da. Aber die, die es besitzen, haben wenig Interesse daran, es zum Beispiel für die Rentensicherung einzusetzen. Stattdessen erhalten die heutigen Rentner weniger Geld und die Rente mit 67 wird eingeführt, die bei gleich bleibender geringerer Beschäftigungsquote von Arbeitnehmern ab 55 eine massive Rentenkürzung bedeutet.

„Warum wird in der Politik und in den Medien so ein Katastrophenszenario entworfen, wenn alles halb so wild ist und sich leicht lösen ließe?“

Die Politik fühlt sich den Vermögensbesitzern offenbar sehr verpflichtet. Zum anderen ist das Katastrophenszenario nötig, um die Akzeptanz für eine kapitalgedeckte Rente, in Deutschland unter dem Namen "Riester-Rente" bekannt, zu erhöhen.

„Aber private Vorsorge durch die Riester-Rente ist doch wichtig und lohnt sich doch!“

Tatsächlich lohnt sich die Riester-Rente durch die festgelegten staatlichen Zulagen (38 Euro pro Prozent des Einkommens) und insbesondere durch die Kinderzulagen, die sie besonders für Geringverdiener und Familien mit Kindern vorsieht. Und da die gesetzliche Rente nach dem Willen der Politik erheblich gekürzt werden wird, ist eine private Vorsorge für viele nötig, um Altersarmut trotz jahrzehntelanger Einzahlung in die Rentenkasse zu vermeiden. Insgesamt ist aber das Umlageverfahren (die Erwerbstätigen zahlen ein, die Beträge werden im gleichen Moment auf die Rentner umgelegt) das sicherste Renten-

## ■ Entwicklung der Lebenserwartung

Fernere Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren, Deutschland 1901 bis 2050

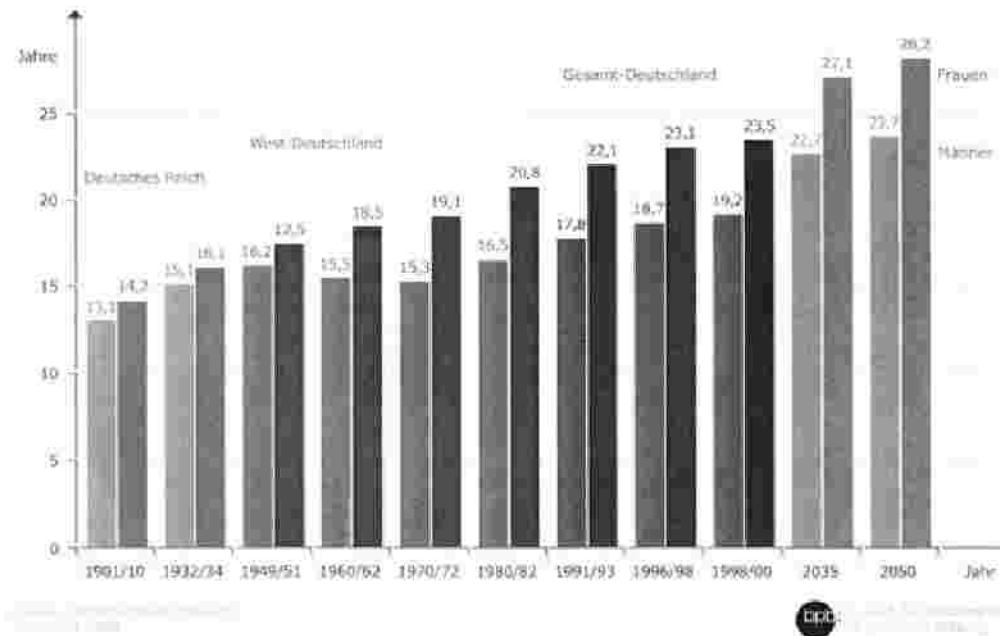


Schaubild 1

verfahren: Nach den katastrophalen Erfahrungen mit einer kapitalgedeckten Rente (man legt Geld auf den Finanzmärkten an und hofft auf hohe Rendite) vor 1945 führte Bundeskanzler Adenauer wieder das Umlageverfahren ein. Die verschiedenen Generationen wird es immer geben; selbst das demographische Szenario sieht für 2050 nicht allzu ungleich aus, was die Verteilung der Generationen anbelangt. Ökonomisch lässt sich eine älter werdende Gesellschaft durch den Abbau von Arbeitslosigkeit und die Umlage des gesellschaftlichen Reichtums auf die Sozialsysteme recht problemlos auffangen.

Als Nachteile einer kapitalgedeckten Rente lassen sich benennen:

Die Erfahrungen mit kapitalgedeckten Rentensystemen sind sehr ernüchternd: In Chile, wo, anders als in Deutschland, die ganze Rentenfinanzierung auf Kapitaldeckung umgestellt wurde, muss der Staat heute mit enormen Beträgen die Rente vieler Rentner übernehmen, weil die Kapitaldeckung versagt hat (vgl. dazu das Interview mit dem chilenischen Präsidenten Lagos am 26.1. 2005 in der FR). Der langjährige Diktator Pinochet nahm seine Soldaten im Übrigen von der Privatisierung des Rentensystems aus.

Durch die Umstellung sozialer Systeme auf Kapitaldeckung strömen enorme Mengen an

Kapital auf die Finanzmärkte und suchen nach höchst möglichen Renditen. Damit wächst die Gefahr, dass Geld in unsicheren Projekten landet und Rentner ihr Geld verlieren (siehe die Beispiele aus den USA).

In der Vergangenheit ist es schon zu Finanzcrashes in verschiedenen Ländern und Regionen gekommen. Weltweite Zusammenbrüche von Finanzmärkten sind nicht auszuschließen, auch Weltwirtschaftskrisen nicht. In solchen Fällen versagen kapitalgedeckte Systeme.

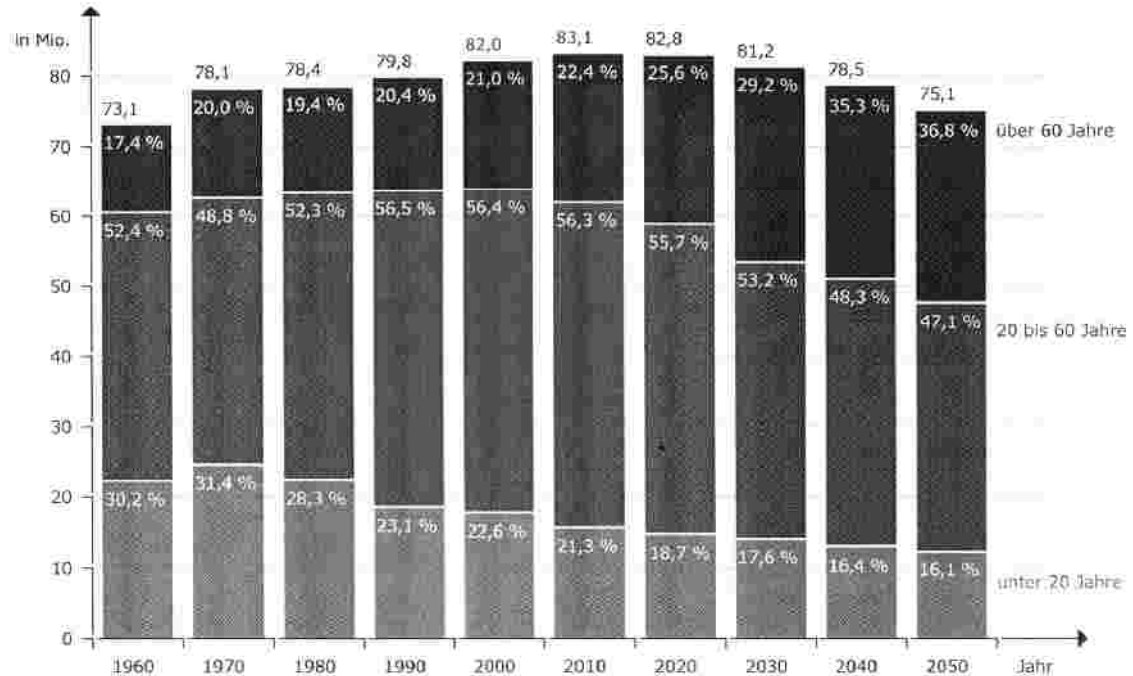
Wenn Rentner in unterschiedliche Fonds eingezahlt haben, erhalten sie später unterschiedliche Renten je nach Ergebnis des Fonds. Zwei RentnerInnen, die die gleichen Beträge eingezahlt haben, erhalten unterschiedlich hohe Renten. Ob sich von der Rente leben lässt, hängt ggf. von Glück oder Pech ab.

„Warum betreiben unsere Politiker denn solch eine Politik?“

Es handelt sich um Lobbypolitik für die Finanzkonzerne und die Vermögenden im Land. Dafür werden viele Menschen mit Altersarmut konfrontiert werden. Hier stellt sich verstärkt die Frage nach Aufgaben und Funktionen des Staates im heutigen Zeitalter der kapitalistischen Globalisierung (siehe das Rahmenkapitel dieser Broschüre).

## ■ Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur

Bevölkerung in absoluten Zahlen und Altersgruppen in Prozent, Deutschland 1960 bis 2050



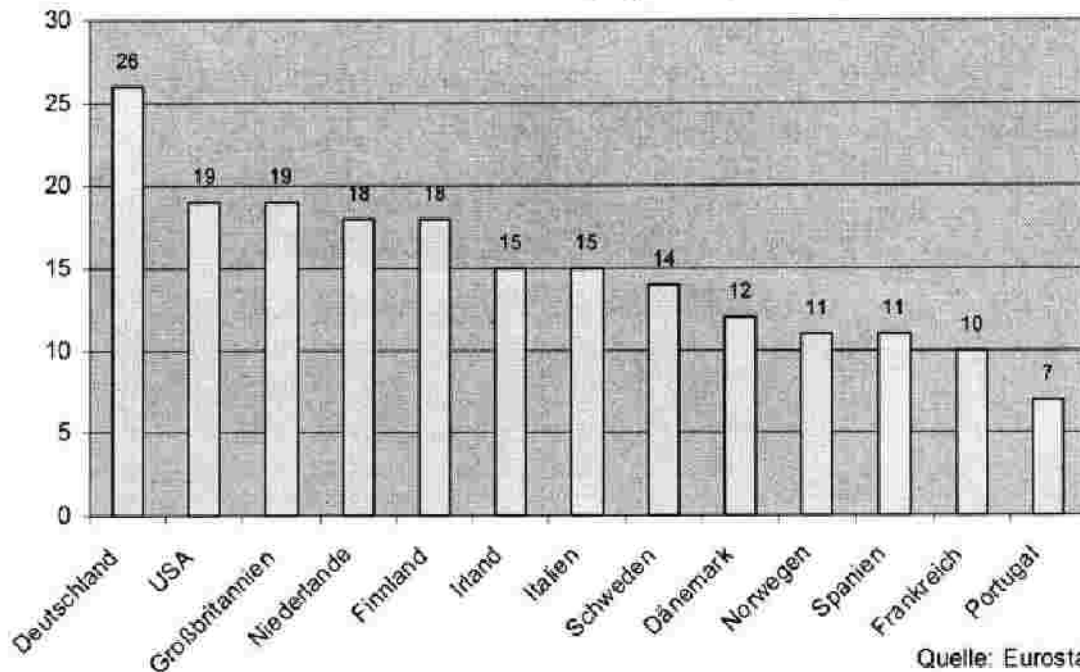
Quelle: Statistisches Bundesamt  
Stand: 31.12.2009

bpt: 1.000 Euro  
für persönliche Nutzung

Schaubild 2

## Hohe Kinderlosigkeit in Deutschland

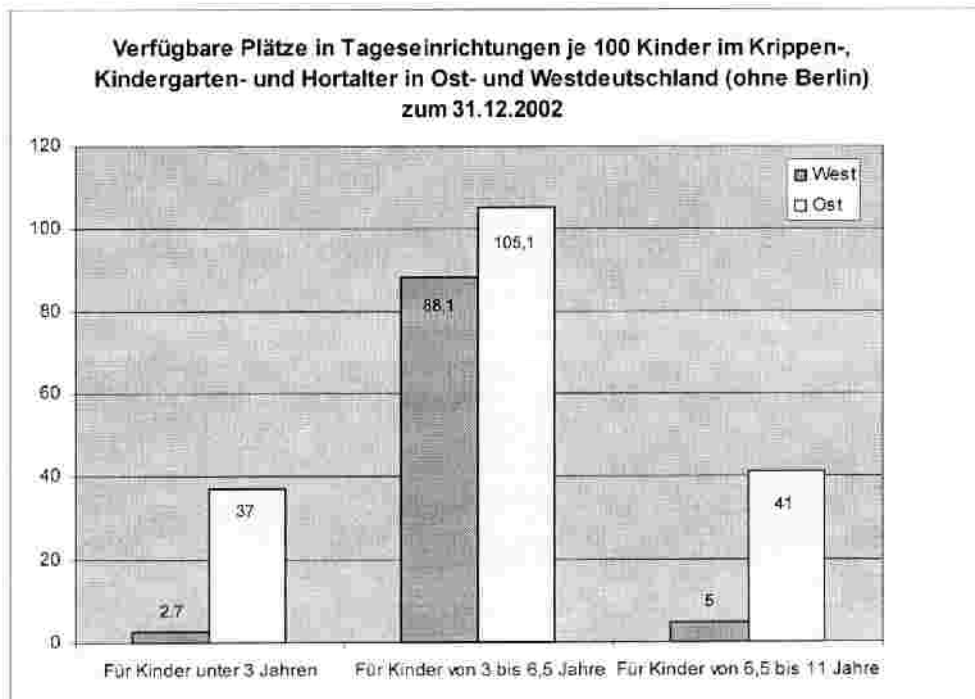
Kinderlose Frauen des Jahrgangs 1960 (in Prozent)



Quelle: Eurostat 2001

Schaubild 3

Kinderbetreuung allgemein



Quelle: Statistisches Bundesamt, Kindertagesbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 und 2002, 2004

Schaubild 4

■ Demografische Entwicklung



Quelle: Statistisches Bundesamt  
Stand: 1.1.2004

bpb - 2005 Bundeszentrale für politische Bildung

Schaubild 5

## 7. Der Mythos vom Raub der Arbeitsplätze durch Ausländer

„Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“

### **Ein Vorbemerkung: Wie soll man überhaupt mit einem solchen „Argument“ umgehen?**

So gut wie alle anderen „Mythen“ in dieser Publikation sind so etwas wie eine gemachte und gepflegte Mainstream-Sicht, mehr oder weniger propagiert, wiederholt, sozusagen „von oben verordnet“ – kurz das, was geglaubt werden soll.

Bei dem Mythos „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ ist es eher Mainstream „von unten“. Es mündet in dem „Gesamtpaket“ an Einsichten von einer Logik wie: „Ausländer sind eine ständige Bedrohung: Sie nehmen uns die Arbeitsplätze weg, wollen nicht arbeiten und liegen dem Staat und dem Sozialsystem auf der Tasche“.

Die Frage ist: Wie weit kann man sich überhaupt mit solchen Sprüchen argumentativ auseinandersetzen, Fakten und Belege bringen, wenn das viele gar nicht interessiert? Das ist ja bei allen Mythen das Grundproblem, bloß bei der Ausländer/Arbeitsplätze-Frage besonders emotional aufgeheizt.

Es sind letztlich zu Stammtischsprüchen geronnene politische Waffen – es sind Keulen.

Wir haben es mit Vorurteilsstrukturen zu tun, deren Kennzeichen es ist, dass die Akteure absolut bzw. wenn nur irgend möglich daran festhalten wollen – was kümmert da die Wirklichkeit.

Diese Denkweise ist einfach gestrickt, scheinplausibel und pseudokonkret. Nicht selten auch eine Reaktion auf Hilflosigkeit: wie mit der eigenen Situation oder mit der Drohung des Verlusts des Arbeitsplatzes oder dem sozialen Abstieg irgendwie fertig werden?

Dazu kommt, dass in der Regel argumentative Auseinandersetzung mit Belegen etc. überhaupt nicht geübt wurde, oft sogar abgelehnt wird. Das Extrem bilden die Neonazis – dort wird zugeschlagen.

Im Folgenden werden wir uns mit dieser Art Argumentation auseinandersetzen.

Wir plädieren hier für eine Mischung aus Argumenta ad hominem, die am ehesten der genannten Denke nahe kommt, also sozusagen das Zurechtrücken des „Hausverstandes“ am Stammtisch. Zweck ist, etwas vom Kopf auf die Beine zu stellen und damit ein Aha-Erleben hinzubekommen. Und das dann durch einfache Fakten anzureichern.

In bestimmten Situationen können die genannten Argumente auch ironisch-satirisch sein, oft ist es hilfreich, einfach nur Fragen zu stellen zu dem, was das alles bedeutet, oder Lösungsvorschläge der satirischen oder überspitzten Art. Auch zu dem Zweck, die dümmsten Schreier von den offeneren, zuhörerbereiten Partnern zu isolieren. Manchmal muss man auch die öffentliche Propaganda lächerlich machen, weil es sich um einfache Verdummungsversuche handelt.

### **Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg - wie läuft das eigentlich?**

---

#### **Wie machen die das?**

*Klauen sie sie? Drängen sie sich vor? Sind sie besonders gut, fleißig, ausgebildet?*

*Machen sie das in einer Nacht- und Nebelaktion, sodass es keiner bemerkt?*

*Und die deutschen Arbeitgeber: lassen die das geschehen, merken die das gar nicht? Gibt es unter den deutschen Konzernen, bei den Banken, in den Klein- und Mittelbetrieben gar keine Kündigungen mehr?*

*Oder kündigen diese besonders gern Deutschen, während sie gezielt Türken, Italiener, Griechen, Spanier weiterarbeiten lassen?*

*Oder sind die meisten Betriebe mittlerweile in ausländischer Hand, so dass die Ausländer uns kündigen und so etc.? Haben wir vielleicht übersehen, dass die vielen türkischen, indonesischen, griechischen, oder gar afrikanischen, also schwarzen Konzerne massenhaft deutsche Arbeitskräfte auf die Straße setzen?*

*Oder entlassen plötzlich die türkischen Kebabuden, italienischen Pizzabäcker, griechischen Tsatsiki-Läden, die chinesischen und thailändischen Restaurants massenhaft deutsche Arbeiter und Angestellte?*

---

Niemand kann einem anderen den Arbeitsplatz wegnehmen, es sei denn er ist der Arbeitgeber. Der einzige, der jemanden ein- oder ausstellen kann und darf, ist das Unternehmen, die Unternehmensleitung. Die allein entscheidet, ob Arbeitskräfte ein- oder ausgestellt werden.

Wenn ein Arbeitsplatz besetzt wird, wird er normalerweise mit jemandem besetzt, der am qualifiziertesten oder geeignetsten ist. Bei manchen Arbeitsplätzen ist das halt jemand, der die Arbeit

für weniger Geld macht und dazu noch die Klappe hält.

Durch Rationalisierungen, Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland und Firmenpleiten werden Arbeitsplätze vernichtet, also „weggenommen“. Verantwortlich dafür sind Entscheidungen im Management.

Durch Lohnkürzungen, Kündigungen und Steuerermäßigungen für Kapitalgesellschaften und Klein- und Mittelbetriebe zahlen diese immer weniger Steuern und können es sich dadurch leisten, Leute auf die Straße zu setzen. Und wenn sie noch immer nicht genug Rendite erwirtschaftet haben, wandern sie in immer billigere Länder ab.

### **Welche Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg?**

---

#### *Wer tut sich da besonders hervor?*

*Sind es die Österreicher? Engländer? US-Amerikaner? Israelis? Polen? Oder gar die Chinesen?*

*Und wie ist es mit den Marokkanern, Türken, etc., vielleicht gar mit deutschem Pass?*

*Oder jene Russen, die plötzlich ins Land kommen weil sie „Volksdeutsche“ sind?*

*Also: Wer tut das und wer nicht?*

*Sind besonders die Türken oder irgendwelche Afrikaner die Übeltäter, weil diese Moslems sind und nicht Christen so wie wir alle? Sollten also die Arbeitsplätze den Christen übereignet werden? Mehr den Katholiken, oder eher den Protestanten, oder ausgewogen? In Bayern mehr den Katholiken ...?*

---

Innerhalb der EU gilt das Prinzip der Freizügigkeit. So wie jeder Deutsche sich in jedem anderen EU-Land eine Arbeit suchen kann, so gilt das natürlich auch für die Bürger der anderen EU-Länder in Deutschland.

Neuzuwanderer aus Nicht-EU-Staaten können in der Regel erst nach einer Wartezeit von einem Jahr eine Arbeitserlaubnis erhalten. Weiter kann ein Arbeitsplatz erst dann mit einem Nicht-EU-Ausländer besetzt werden, wenn sich zuvor kein Deutscher oder EU-Bürger für diese Stelle findet.

Zu den Dimensionen dieser „Bedrohung“: In den neuen Bundesländern stehen 40.000 ausländische Arbeitnehmer ca. 1.58 Mio. Arbeitslosen gegenüber, und im Jahre 1999 zählte Thüringen

2.449.082 Einwohner, nur 41.673 (= 1,7 %) davon waren Ausländer!

Die Ausländer, die von der deutschen Wirtschaft seit Anfang der 60er Jahre ins Land geholt wurden, haben wesentlich durch ihre Arbeit zu unserem "Wirtschaftswunder" beigetragen. Trotz Anwerbestopp kamen weiter Menschen aus anderen Ländern - legal - in unser Land, zum einen durch Familiennachzug, dann durch die Aussiedler aus den osteuropäischen Ländern. Teilweise leben diese Familien inzwischen in der dritten Generation hier, kennen ihr "Ursprungsland" ebenso wie deutsche Touristen nur aus dem Urlaub, leben und arbeiten hier, haben ihren Lebensmittelpunkt hier.

Sie werden aber immer noch als "Ausländer" behandelt. In den meisten anderen europäischen Ländern erhalten die in diesem Land geborenen Menschen die jeweilige Staatsangehörigkeit und tauchen dann in der Statistik auch nicht mehr als "Ausländer" auf. Ein erster Schritt in diese Richtung war in Deutschland 1999 erst nach langen Debatten möglich (und wir sollten nicht vergessen, dass die damalige CDU-Kampagne gegen eine verbesserte Integration trefflich als Stichwortgeber für Rechtsradikale geeignet war!). Diese Menschen werden in der Bevölkerungsstatistik als "Ausländer" geführt, obwohl sie längst keine mehr sind, sondern hier geboren und aufgewachsen, also höchsten noch "ausländischer" Abstammung sind.

Berühmtes und perfides Beispiel war der Landtagswahlkampf in Hessen unter Roland Koch: Unterschriftenlisten gegen Ausländerzugang lagen an den Ständen aus. Die Leute kamen mit den Worten: „Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben“? Was Koch so nie gesagt hatte, haben sie richtig verstanden. Das ist Brandstiftung auf hohem Niveau.

Die deutsche Bevölkerung vergreist zusehends und schrumpft stark. Ohne jeden Zuzug gäbe es in der Mitte des 21. Jahrhunderts nur noch 59 Millionen Einwohner in Deutschland - das "Boot" ist also noch lange nicht "voll". Nur um die Bevölkerungszahl zu halten, müssten laut UNO jährlich 324 000 Zuwanderer nach Deutschland kommen.

Der Berliner Migrationsforscher Rainer Münz prophezeite im Handelsblatt: "Bald wird der unfreundliche Westen mit erhobenen Händen um Nachschub von Menschen aus dem Ausland betteln." Wie Anfang der 60er Jahre.

## Welche Arbeitsplätze sind es, die uns da geraubt werden?

### Die Beschäftigungslage

- Von den 7,34 Millionen in Deutschland lebenden *Ausländern* gehen ca. 3 Millionen regelmäßig einer Beschäftigung nach. Seit dem Anwerbestopp 1973 sinkt die Erwerbstätigenquote der ausländischen Wohnbevölkerung kontinuierlich.
- Im Jahr 2001 wurden unter den 3 Millionen ausländischen Erwerbstätigen in Deutschland 257.000 Selbstständige gezählt. Damit betrug die Selbstständigenquote 8,4 % – gegenüber 10 % in der bundesdeutschen Bevölkerung.
- Von den 26,9 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dezember 2003 waren gut 1,8 Millionen Ausländer. Das entspricht einer Quote von 6,7 %.
- Die Arbeitslosenquote im Mai 2004: Ausländer: 20,5 %, Gesamtbevölkerung: 10,3 %.

(Deutscher Caritasverband e.V. Abteilung Soziales und Gesundheit, Referat Migration und Integration, 29.7.2004)

---

### In welchen Branchen läuft das besonders arg?

Bei der Müllabfuhr, der Saisonarbeit, den Klo-Frauen? Beim Spargelstechen oder im Bergbau? Sind es Spielerplätze in den allseits bewunderten Mannschaften der Fußballbundesliga?

Oder gar besonders begehrte Arbeitsplätze in der Prostitution? (Auch ein Wirtschaftsstandort).

Vielleicht auch bei Bauarbeitern, Computerfachleuten, Bankern, Lehrern, Krankenschwestern, Erzieherinnen?

Oder bedroht die Döner-Bude McDonalds?

Oder sind es gar Arbeitsplätze, die durch Konzernstrategien vernichtet worden sind? Aber das geht nicht – was vernichtet ist, kann je nicht mehr weggenommen werden. Obwohl: Wenn ein Konzern Leute entlässt, steigt sein Ansehen an der Börse und damit der Kurs seiner Aktien.

Warum hat noch niemand Harmut Mehdorn gekündigt, wohl aber vielen Bahnarbeitern?

---

### Die Problemlage

In vielen Bereichen der Wissenschaft und High-tech fehlen qualifizierte deutsche Arbeitskräfte.

Das EU-Recht macht es bisher möglich, dass Firmen deutsche Arbeiter feuern und osteuropäische anheuern - zu Niedrigstlöhnen. Arbeitslose Fleischer z.B. rebellierten: Männer, deren Jobs zwar immer noch in Deutschland erledigt werden, aber neuerdings von Arbeitern aus Osteuropa - und zu Dumpinglöhnen.

Ähnlich ist es im Baubereich, in dem über Lohn- und Sozialdumping Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden. Der billigste Anbieter wird genommen. Das sind zumeist ausländische Arbeitsmigranten, die hier zu Hungerlöhnen und miserablen Arbeitsbedingungen auf den Baustellen eingesetzt werden.

In bestimmten Branchen stehen nicht genug einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung. Deshalb werden z. B. für Gastronomie und Landwirtschaft, aber auch für pflegerische Berufe gezielt ausländische Arbeitnehmer angeworben. Und es wird die Beschäftigung Illegaler bewusst toleriert.

Immer weniger hierzulande gehen in die Altenpflege – sie zu schwer und zu schlecht bezahlt. Die 70 bis 100Tsd illegalen Pflegekräfte aus Ost- und Südosteuropa, die genau die Aufgaben erfüllen, die die ambulanten Pflegedienste nicht machen und die sonst nicht bezahlt werden: Hausputzen, Kühlschrank füllen, etwas vorlesen. Ein Beruf, der hier kaum noch Ansehen genießt.

### Ausländer schaffen Arbeitsplätze – wer bekommt die dann?

Die ca. 280 000 ausländischen Selbstständigen haben im Durchschnitt jeweils drei bis vier Arbeitsplätze geschaffen z.B. haben 1991 die 33.000 türkischen Unternehmer mehr als 100.000 Arbeitnehmer beschäftigt

Türkischstämmige Selbstständige z.B. sind wichtig für die Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Seit 1985 hat sich die Zahl der türkischen Unternehmen von 7.000 auf 20.500 im Jahr 2002 annähernd verdreifacht. Im gleichen Zeitraum haben sie über 83.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und die Zahl der Jobs in türkischen Firmen damit sogar vervierfacht. Stand: Ende November 2003..

Das Rheinisch-Westfälische Institut hat nachgewiesen, dass die ausländischen Arbeitskräfte, die zwischen 1988 und 1992 in die deutsche Wirtschaft integriert wurden, allein 1992 durch ihren Beitrag 90.000 neue Arbeitsplätze in vor- und weiterverarbeitenden Branchen entstehen ließen.

Ausländische Arbeiter und Selbstständige finanzieren mit die deutschen Staatsfinanzen, das Brutto-sozialprodukt und das Sozialwesen.

### Ausländer wollen nicht arbeiten und belasten unser Sozialsystem

Dann können sie uns ja auch nicht die Arbeitsplätze wegnehmen, sollte man jedenfalls meinen!

Fakt ist, dass Ausländer für die Gesellschaft mehr erwirtschaften als sie den Staat kosten – mehr als 15 Milliarden Euro. Ausländer zahlen mehr in die

Rentenkasse ein als sie als Rentner ausbezahlt bekommen. Und Arbeitslosengeld bekommen sie nur, wenn sie vorher Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bezahlt haben.

Ausländische Arbeitnehmer zahlen wie alle Arbeitnehmer Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Damit erwerben sie wie jeder Beitragszahler Anspruch auf Leistungen.

Von den 250 Milliarden DM, die von den Ausländern als Bruttosozialprodukt erwirtschaftet werden, werden 100 Milliarden DM als Steuern und Abgaben dem Staat zugeführt. Vom Staat werden jedoch nur 70 Milliarden DM an Ausländer gezahlt. Dem Staat verbleibt somit ein "Gewinn" von 30 Milliarden DM pro Jahr.

Oktober 2006: Nach der neuesten Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) bringen die in Deutschland lebenden Ausländer den Sozialkassen derzeit zusätzliche Einnahmen in Höhe von 12,8 Milliarden Euro. Der Wissenschaftler Bonin vom IZA sagt wörtlich: „Das Stammtischgerede, dass Ausländer die Sozialsysteme ausplündern, ist blanker Unsinn“. (Quelle: Das Parlament, Ausgabe 40/41 v. Okt. 2006)

Ausländer sind von der Arbeitslosigkeit stärker als die Deutschen betroffen (die Quote betrug 1999 bei Ausländern 19,2 Prozent, bei Deutschen 11,7 Prozent). Als Arbeitslose erhalten Ausländer die gleichen Leistungen wie Deutsche - sie haben vorher während ihrer Berufstätigkeit auch die gleichen Versicherungsbeiträge entrichtet.

Ausländer partizipierten bisher weit unterdurchschnittlich an den deutschen Rentenleistungen. Sie nehmen Leistungen des Gesundheitswesens in erheblich geringerem Umfang in Anspruch als Deutsche. So tragen sie als Beitragszahler wesentlich zur Stabilität der Sozialversicherungssysteme bei.

### **Was sollte man gegen den Raub von Arbeitsplätzen tun?**

Richtig ist, dass bereits im Jahr 1910 der Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer etwa zehn Prozent betrug, heute sind es nicht mal neun Prozent. Aktuell wird über die „Vergreisung“ Deutschlands diskutiert.

Da erwiesen ist, dass unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme in Zukunft mehr arbeitende und Beiträge zahlende Mitglieder brauchen, weil der Anteil älterer Menschen noch weiter ansteigt, brauchen wir mehr junge Menschen, die nach Deutschland einwandern.

Eine radikale Lösung gegen den Raub von Arbeitsplätzen wäre die radikale Anwendung des Grundgesetzes: Es enthält in seinen Artikeln 14

und 15 den Schutz des Eigentums, seine soziale Bindung und die Möglichkeit der Sozialisierung:

---

### **Ausländer wohin?**

*Raus? Wenn ja – alle, oder nur bestimmte? Und die auf Dauer oder nur so zwischendurch, je nach Bedarf und Aufschwung?*

*Und, wenn deren Arbeitsplätze frei sind, gehen wir dann zu den Personalchefs und bitten diese, möglichst auf Knien, doch Deutsche dafür einzustellen, und zwar nicht nach Billiglöhnen wie bei Ausländern, sondern nach anständigen, deutschen Löhnen. Und endlich wird es Vollbeschäftigung geben, denn die Konzerne zahlen gern auch höhere Löhne und Gehälter an unsere, eben an deutsche Arbeitnehmer.*

*Und wenn wir Ausländer nach Hause schicken – welche zuerst? Die gut bezahlten, damit eine größere Summe an Gehaltseinkommen für Deutsche übrig bleibt? Zum Beispiel Herrn Ackermann (aus der Schweiz) oder den neuen Chef des korrupt gewirtschafteten Siemenskonzerns (aus Österreich).*

*Oder auch alle Ausländer in den Fußball-Bundesligavereinen? Damit endlich deutsche Spieler einen deutschen Spiel-Platz erhalten können?*

*Oder doch die schlecht bis miserabel bezahlten Ausländer, damit endlich Deutsche die schlechten und miserabel bezahlten Jobs bekommen?*

*Und gibt es bei den Nationalitäten bestimmte Vorlieben? Zuerst die Polen, damit endlich einmal Deutsche Spargelstechen dürfen? Oder eher die US-Amerikaner, die erfahrungsgemäß, wenn sie hier leben, selbst nach 5 Jahren kaum deutsch sprechen – ähnlich wie angeblich viele Türken?*

*Und die Briten, Holländer, Luxemburger etc., obwohl die aus Eurogründen hier bleiben dürfen? Oder die Ossi raus aus Bayern?*

*Und wie viele Deutsche im Ausland nehmen den Leuten dort die Arbeitsplätze weg?*

*Wenn wir die Ausländer, die u n s die Arbeitsplätze wegnehmen, nach Hause schicken, sollten wir nicht – gleiches Recht für alle - die Deutschen aus dem Ausland zurückholen (aus Australien, den USA, aus Österreich, vor allem auch aus Argentinien etc.). Oder die nicht wenigen deutschen Ärzte, die in den letzten Jahren nach Kanada, England, Dänemark, Schweden etc. ausgewandert sind? Sie hätten dann auch hier alle wieder Arbeit: Müllabfuhr, Bauarbeit, Spargelstechen, häusliche Betreuung von demenzkranken und inkontinenten älteren deutschen Menschen etc. Da gäbe es viel zu tun.*

---



Nach Artikel 14 Absatz 1 ist die Verfügungsmacht des Eigentümers nicht absolut. „Inhalt und Schranken [des Eigentums] werden durch die Gesetze bestimmt.“ Absatz 2 lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Wie wäre es zum Beispiel, Steuererleichterungen für Konzerne und andere Betriebe nicht mit der vagen Hoffnung unsererseits oder freiwilligen Erklärungen ihrerseits, sondern mit der strikten Bedingung zu gewähren, dass es Gegenleistungen in Form von Arbeitsplätzen geben muss mit anzudrohenden Konsequenzen: wenn keine Arbeitsplätze, dann keine Steuervergünstigungen. Ein Vorgehen, nämlich der Zwang zu gewünschtem Verhalten, das jeder Hartz IV.-Empfänger seit je her kennt.

Oder: Die Haftung des Managements bei Entlassungen durch die Überprüfung, ob sie arbeitsplatz- und beschäftigungskompatibel gewirtschaftet haben. Spitzenmanager, die schlecht wirtschaften, sollen zur Verantwortung gezogen werden. Sie nennen sich ja nicht umsonst „Verantwortungsträger“ und reden in ihrer Unternehmensideologie von „Risiko“. Sie haben kein Recht, kein Risiko zu tragen und die „soziale Hängematte“ in Anspruch zu nehmen - bei schlechter Arbeit. Das ist asozial und parasitär. Denn zuallererst ist die Vernichtung von Arbeitsplätzen schlechte Arbeit, nicht etwa die mangelnde Bedienung des leistungslosen Einkommens der Aktionäre.

## 8. Ein Nachwort als Einladung zum Nach- und Weiterbedenken

„Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung jeder Kritik“ hat Karl Marx formuliert. In einem ähnlichen Sinn möchten wir auch unsere Mythekritik verstanden wissen. Sie soll zu Fragen und Einsichten führen, die weiterreichen...

Dann die Frage: Warum wird eigentlich dieser Aufwand an Propaganda getrieben? Könnte es sein, dass es letztlich darum geht, zu verschleiern, dass der Kapitalismus immer deutlicher an seine Grenzen stößt? Natürlich gibt es in jedem der angesprochenen Bereiche, in denen Mythen produziert werden, Gegenargumente und Spielräume für alternative politische Entscheidungen. Aber könnte es nicht sein, dass die Mythen auch ein Zeichen dafür sind, dass das gesamte neoliberale Projekt mit seiner Kombination aus Marktliberalismus und autoritärem Sicherheitsstaat Ausdruck dafür ist, dass die kapitalistischen Entwicklungsmöglichkeiten an ihre Grenzen stoßen?

Wenn es aufgrund der mikroelektronischen Revolution unumkehrbar sein soll, dass mit der Verausgabung von immer weniger Arbeitskraft immer mehr an Waren und Dienstleistungen produziert werden können, dann wären deutliche Entwicklungsgrenzen markiert. Mit der Arbeit ginge dem Kapitalismus die zur Vermehrung des Kapitals notwendige Substanz aus. In diese Richtung zielten bereits die Analysen der Kommission in dem Text „Frieden durch Gerechtigkeit“<sup>14</sup>.

### Mythen verschleiern die Krise des Kapitalismus.

Vieles spricht dafür, dass die Krise des Kapitalismus darin zu suchen ist, dass mit immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit immer mehr produziert werden kann. Der Kapitalismus wird zu einem Ausgrenzungskapitalismus, der immer mehr für die Verwertung des Kapitals ‚Überflüssige‘ produziert. Gleichzeitig wächst der Druck auf diejenigen, die das ‚Privileg‘ haben, ihre Arbeitskraft in die Verwertung einbringen zu können. Sie sollen – und das dankbar – immer mehr Zumutungen hinnehmen: von längeren Arbeitszeiten bis hin zu Löhnen, von denen niemand leben kann. Vor allem muss er flexibel sein. Aber auch das markiert eine Grenze: Die Produktion stößt auf sinkende Kaufkraft und gesättigte Märkte.

Wo liegen noch innerkapitalistische ‚Entwicklung‘chancen, wenn der Weg über Markterweiterung und Erhöhung der Produktion versperrt ist und jede Erhöhung der Produktivität das Problem verschärft? Gegenwärtig deutet alles darauf hin, dass die Akkumulation des Kapitals durch verschärfte Ausbeutung in Form von Lohnsenkungen, Arbeitsverdichtung, längeren Arbeitszeiten erhöht werden soll. Gleichzeitig zielen Privatisierung und Liberalisierung auf das Erschließen neuer Möglichkeiten zur Akkumulation des Kapitals sowie auf eine verbesserte Konkurrenzfähig-

<sup>14</sup> Frieden durch Gerechtigkeit. Friedensarbeit vor der Frage nach wirtschaftlicher Macht, Oktober 2004.

keit. Dann aber wären die neoliberalen Reform- und Modernisierungsstrategien als Ausdruck kapitalistischer Krisenverwaltung zu verstehen mit der Tendenz, im Falle sich verschärfender Krisen das System nach innen mit den Mitteln polizeistaatlicher Repression (Heiligendamm) und nach außen durch Militarisierung zu sichern.

Wenn der Kern der Probleme in einer Krise des Kapitalismus zu suchen ist, der als System immer deutlicher an seine Grenzen stößt - oder die Grenzen überschreitet (z.B. globale Erderwärmung) - dann tragen die Mythen dazu bei, die Krise des Kapitalismus zu verschleiern. Sie suggerieren: Weniger Lohnkosten, mehr Privatisierung, mehr Liberalisierung - und alles wird gut. Dann aber wären auch Alternativen im Kapitalismus Grenzen gesetzt. Dabei ist im Einzelnen natürlich immer schwer zu unterscheiden, wo solche Grenzen tatsächlich erreicht sind und die ‚Sachzwänge‘ des Systems tatsächlich greifen oder wo durch Mythenbildungen jede Möglichkeit genutzt werden soll, die Akkumulationsbedingungen des Kapitalismus um jeden Preis zu verbessern.

### Mythos Staat

Es fällt auf, dass auch innerhalb sozialer Bewegungen an Staat und Politik geradezu mythische Heilserwartungen gerichtet werden. Wir müssen nur die richtige Lobbyarbeit machen, die besseren Argumente vorbringen und dabei auf jede ‚Systemkritik‘, die ja bekanntlich bei Politikern und Bankern gesprächs- und politikunfähig macht, verzichten. Nun soll hier nicht grundsätzlich jede Lobbyarbeit in Frage gestellt werden. Sie ist wichtig, wenn es darum geht, z.B. beim Schutz für MigrantInnen das Schlimmste zu verhindern oder auch Lebensmöglichkeiten von Menschen zu verbessern.

Es wäre aber eine Illusion zu glauben, Politik und Staat könnten durch an Vertreter der Politik adressierte bessere Argumente wesentlich verändert werden. Dagegen spricht die Erfahrung der letzten Jahrzehnte. Ebenso wenig lassen sich Staat und Politik gegen die Allmacht der Wirtschaft anrufen. Die Interessen von Staat und Ökonomie sind zu sehr miteinander verflochten. Die staatlichen Steuerungsmöglichkeiten hängen von den Steuereinnahmen ab und diese wiederum von einer ständig wachsenden Wirtschaft.

So senkt der Staat Steuern, um bessere Akkumulations- und Wachstumschancen zu schaffen. Dafür nimmt er geringere Einnahmen in Kauf. In der Folge sinkender Einnahmen verzichtet er darauf, Aufgaben wahr zu nehmen, die für die Verwertung des Kapitals im Augenblick vernach-

lässigt werden können. Es liegt in der Logik des Systems, wenn der Staat auf die Akkumulation des Kapitals setzt und nur im Rahmen dieser Möglichkeiten als Sozialstaat agiert bzw. Sozialabbau betreibt. In einer sich verschärfenden Konkurrenz setzt er auf Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und das heißt im Kontext der Reform- und Modernisierungspolitik auf Standortpolitik und den Umbau der Gesellschaften zu Wettbewerbsgesellschaften.

### Verschärfte Konkurrenz

Die Konkurrenz der Standorte aber auch der Einzelnen, die um einen Platz in der Verwertungs- maschinerie konkurrieren, ist Ausdruck der Krise des Kapitalismus. Was diese bedeutet hat der Wirtschaftswissenschaftler Alvin Toffler so beschrieben:

*„Das ist die schnelle Wirtschaft von morgen. Diese immer weiter aufdrehende, dynamische Wertschöpfungsmaschine ist die Quelle wirtschaftlichen Fortschritts. ... Wer den Anschluss an sie nicht hat, wird von der Zukunft ausgeschlossen. ... Langsame Volkswirtschaften werden also ihre Nervenreaktionen beschleunigen müssen, oder aber sie gehen vieler Aufträge und Investitionen verlustig oder werden ganz aus dem Rennen geworfen.“<sup>15</sup>*

Anpassung an beschleunigte und damit immer schärfere Konkurrenz ist gefordert - bei Strafe des Untergangs. Konkurrenz wird zur Vernichtungskonkurrenz. Die Langsamen werden aus dem Rennen geworfen und haben nie mehr eine Chance. Denn: „Eine große Mauer trennt die Schnellen von den Langsamen, und diese Mauer wird mit jedem Tag, der vorübergeht, höher.“<sup>16</sup> Wer mitkommen will, muss mit dem Tempo der „dynamischen Wertschöpfungsmaschine“ Schritt halten.

Dazu - so verkünden uns die Hohepriester dieser Maschine - gibt es keine Alternative. Sie reden ehrlich und ungeschminkt. Sie sagen, was ist: Opfer sind unvermeidlich. Es ist, wie es ist und kann nicht anders sein. Vor diesem Hintergrund spricht Franz Hinkelammert vom „zynischen bzw. nihilistischen Kapitalismus“<sup>17</sup>. Im Unterschied zum „utopischen Kapitalismus“ der noch Wohlstand für alle verspricht, endet der „zynisch-

---

<sup>15</sup> Alvin Toffler, *Machtleben. Wissen, Wohlstand und Macht im 21. Jahrhundert*, Düsseldorf 1990, 477f.

<sup>16</sup> Ebd. 481.

<sup>17</sup> Franz J. Hinkelammert, *Der Schrei des Subjekts. Vom Welttheater des Johannesevangeliums zu den Hundejahren der Globalisierung*, Luzern 2001,

nihilistische Kapitalismus“ in der alternativlosen Tautologie seines „Es-ist-wie-es-ist“.

### ... bis hin zur Vernichtungskonkurrenz?

Die Konkurrenz dient einem irrationalen Selbstzweck: der Verwertung des Kapitals um seiner selbst willen. Zu diesem Zweck wird der Globus den Gesetzen der Akkumulation des Kapitals unterworfen. Die ökologischen Grenzen sind offensichtlich. Aber auch der Mensch lässt sich nicht unbegrenzt ‚auf die Folter spannen‘ und der ‚Zerreißprobe‘ unterwerfen. Was das ‚Prinzip des Wettbewerbs‘ bedeutet, hat Max Horkheimer bereits in den 30er Jahren beschrieben: ‚Je reiner die bürgerliche Gesellschaft zur Herrschaft kommt, ... desto feindseliger und gleichgültiger stehen sich die Menschen ... gegenüber, desto mehr gewinnt das ursprünglich fortschrittliche Prinzip des freien Wettbewerbs auf der Grundlage sich verschärfender ökonomischer und sozialer Gegensätze den Charakter des dauernden Kriegszustandes nach innen und außen.‘<sup>18</sup>

Menschen werden es zudem als Leere erfahren, wenn sie ihr Leben einem inhaltlosen Ziel opfern sollen – und das in einer immer schärferen perspektiv- und aussichtslosen Konkurrenz. Diese Leere kann sich – darauf hat der Psychologie Götz Eisenberg<sup>19</sup> in seiner Untersuchung von Amokläufen hingewiesen – jederzeit in zielloser Gewalt entladen - gegen andere und gegen sich selbst.

### Und was machen wir dann?

Wer Alternativen will, muss die Situation möglichst ungeschminkt wahrnehmen. Nur wer die Notwendigkeit von Alternativen erkennt, wird sich anders orientieren. Und wenn es **im** Kapitalismus keine Alternativen gibt, brauchen wir Alternativen **zum** Kapitalismus. Die Herausforderung besteht also vor allem darin, sich von Illusionen zu verabschieden und mit Tabus zu brechen, dass gegenüber dem Kapitalismus eine devote Haltung einnehmen muss, wer politisch handlungsfähig sein will. Das Gegenteil könnte der Fall sein: Wer werden erst handlungsfähig,

wenn wir es wagen, ‚Systemgrenzen‘ zu überschreiten.

Vielleicht ist es hilfreich, sich darin zu üben, zunächst nicht das Ganze ins Auge zu fassen, sondern die Grenzen von Sub-Systemen zu zeigen – also Orte, wo diese an ihre Grenzen gelangt sind, wo also nicht nur Reformbedarf, sondern ‚eine grundsätzlich anderes System‘ anvisiert werden müsste. Das ist ja eigentlich nichts Neues, das machen wir ja immer wieder.

Bestimmte System- bzw. Subsystemgrenzen und ihre Krisen werden eben hier in diesem Heft aufgenommen. Andere, z.B. im Bildungssystem, erleben wir ganz aktuell. Auch hier gilt es: Mythen zerbrechen.

Subsystemgrenzen überschreiten bedeutet, über diese einzelnen Problem- bzw. Krisenfelder hinausedenken, weil sie Teile des umfassenderen Zusammenhangs sind, den wir Kapitalismus nennen. Und das bedeutet dann ziviler Ungehorsam im Denken – gegen das verbindlich ‚Vorgedachte‘ - und im Handeln. Beides müsste darauf hin zielen, den Weg von der Kritik der ökonomischen Mythen zur Kritik des Kapitalismus zu gehen und ihn in Wort und Tat zu delegitimieren. Politik ist ein gesellschaftlicher Prozess, der weit über das hinaus geht, was Politikfähigkeit in den etablierten Institutionen zulässt.

Als ChristInnen können wir dabei anknüpfen an die Widerstands- und Hoffnungstraditionen christlichen Glaubens. Ihre Inhalte – das Recht auf Leben und Anerkennung für alle Menschen verwurzelt in einer Gottestradiation, in der Gott Vater und Mutter aller Menschengeschwister ist – stehen gegen die tödliche Leere eines Systems, das von jedem Lebensinhalt abstrahiert und in der tödlichen Leere der unendlichen Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen zu enden droht.

Wer von der Mythenkritik angeregt, kapitalismuskritisch weiterdenken will und dabei die biblische ebenso wie kulturelle Widerstandstraditionen aufnehmen will, dem sei nicht zuletzt das Buch ‚Der Gott Kapital‘ empfohlen(s. hinten).

<sup>18</sup> Max Horkheimer, Egoismus und Freiheitsbewegung, in: ders., Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze, Frankfurt am Main 3/1972, 95-161, 98.

<sup>19</sup> Götz Eisenberg, Gewalt, die aus der Kälte kommt. Amok – Pogrom – Populismus, Gießen 2002.

## Literatur und sonstige Hinweise

- Der Gott Kapital. Anstöße zu einer Religions- und Kulturkritik. Hsg. pax christi - Kommission Weltwirtschaft, 2006, LIT Verlag, ISBN 3-8258-9316-2.
- IMPULSE 5: Frieden durch Gerechtigkeit. Friedensarbeit vor der Frage nach wirtschaftlicher Macht (Oktober 2004)  
Erhältlich im Pax-Christi-Sekretariat  
**<http://www.paxchristi.de/material/material.material/index.html>**
- **<http://www.attac.de/attacademie/>**  
Die Attacademie „ökonomische Alphabetisierung“ ist ein Weiterbildungsprogramm für politisch Aktive aus der globalisierungskritischen Bewegung.
- **<http://www.attac.de/mitmachen/bildungsprogramm/bildungsbausteine>**  
Bildungsbaustein Nr. 1 „Globalisierung - eine begriffliche Einführung in den Themenbereich“  
Bildungsbaustein 2 Neoliberalismus  
Bildungsbaustein 3 Kranksein in Deutschland  
Bildungsbaustein 4 Aktienmärkte  
Bildungsbaustein 9 Politische Akteure - Unterschiede und Gemeinsamkeiten  
Herausgeber: Attac Bundesbüro Frankfurt, Münchenerstrasse 48, 60329 Frankfurt

**Redaktion:** Maria Böttcher und Martin F. Herndlhofer

**Layout:** Martin F. Herndlhofer

**Kontakt:** Kommission Globalisierung und soziale Gerechtigkeit, Stefan Leibold (Sprecher),  
E-Mail: [leibold@uni-muenster.de](mailto:leibold@uni-muenster.de)